

besonders bezeichnenden Fall für sein allgemeines Gesetz zu schildern, weshalb ihm sämtliche Spezifika seines Gegenstandes vollständig entgehen müssen. Darum ist das in seinem Buch reichlich aufgehäufte, aber freilich gänzlich ungesichtete und ungeordnete Material nur für jene Leser brauchbar, die methodologisch genügend geschult sind, um die völlige Unwissenschaftlichkeit der M.schen Bearbeitung überall klar zu durchschauen.

30. THESENENTWURF ÜBER DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN UNGARN UND ÜBER DIE AUFGABEN DER KMP [8] (Blum-Thesen) (Téziservezet a magyar politikai és gazdasági helyzetéről és a KMP feladatairól (Blum Tézisek)) [9]

I Die Lage der KMP während des 1. Kongresses und ihre Entwicklung bis zum 1. Plenum 1928

1. Die KMP hielt ihren ersten Kongreß [10, 11] in der Periode sich stark entwickelnder linksgerichteter Massenbewegungen ab. Die besten linksgerichteten Elemente der Arbeiterklasse begannen, sich zu einer Opposition zusammenzuschließen. Der KMP gelang es schon zu Beginn der Bewegung, zum selbstbewußtesten Teil dieser Opposition eine Verbindung aufzunehmen und sie unter ihren Einfluß zu bringen. Die Bewegung führte im Frühjahr 1925, anlässlich der neuen, bei den Dorfwahlen eingegangenen bürgerlichen Koalition, zur Spaltung der sozialdemokratischen Partei.

2. Die politische Richtung der MSZMP [12] war von Anfang an richtig auf die grundsätzlichen Probleme des Klassenkampfes in Ungarn eingestellt: zum Sturz des sich damals konsolidierenden konterrevolutionären Systems und zur Versammlung der unzufriedenen Massen. Deshalb hatte die MSZMP von Anfang an die prinzipielle Ablehnung einer Koalitionspolitik als ihr Programm vertreten und statt einer Übereinkunft mit der Bourgeoisie der Arbeiterschaft die Möglichkeit eines Arbeiter- und Bauernbundes vorgeschlagen. In diesem Sinne stellte sie in einer solchen Schärfe, wie es die Legalität gerade noch zuließ, die Bodenfrage, d. h. den der Bauernschaft umsonst zukommenden Boden, in den Vordergrund. Die strategischen Fragen der Massenbewegung hatte der Kongreß im wesentlichen geklärt, indem alle mit der Demokratie zusammenhängenden theoretischen und praktischen Probleme für das damalige Ungarn einer eingehenden Interpretation unterzogen wurden.

3. Kurz nach dem Kongreß wurde die gesamte Führungsschicht der KMP verhaftet und die Erfahrungen des Kongresses konnten unter den Parteimitgliedern nicht verbreitet werden [13]. Es mußte eine ganz neue Führung gebildet werden. Dieser Konsolidierungsprozeß ging in schnellem Tempo vor sich. Im Frühling 1926 befand sich die Partei bereits wieder in einem aktionsfähigen Zustand. Dieser beginnende Konsolidierungsprozeß kam jedoch nicht zu seiner Vollendung. Zwar ist eine illegale Organisation in Gang gekommen, und die Partei hatte ohne größere Erschütterungen mit den sich in legale Illusionen ver-

krampfenden Liquidatoren (Weißhaus [14] und Genossen) abgerechnet, aber es gelang ihr noch immer nicht, die Führung auf eine feste, partei-kommunistische Grundlage zu stellen. Es gelang der Partei zwar, bei der im Herbst 1926 beginnenden Massenbewegung eine verhältnismäßig große Zahl zu mobilisieren (2000 Unterschriften bei den Wahlen), es gelang auch, die zentrale Losung ihres Übergangsprogramms: die Republik, von Arbeitern und Bauern regiert, in die Massen hineinzutragen – jedoch blieb eine Umorganisation, eine organisatorische Konsolidierung des gewonnenen Einflusses weit hinter der Ausdehnung des politischen Einflusses zurück. Das Plenum des Zentralkomitees hatte Weihnachten 1926 die in dieser Situation verborgenen Gefahren erkannt und stellte den Ausbau der illegalen KMP in den Mittelpunkt seiner Arbeit, indem es betonte, daß die MSZMP nur einen Aufgabenbereich der KMP darstelle. Eine polizeiliche Verfolgung machte die Ausführung dieses Beschlusses wiederum unmöglich: Im Februar 1927 wurde die gesamte Führung der KMP verhaftet. [15]

4. Diesen Verhaftungen, die die MSZMP fast völlig in den Untergrund zwangen und sie ihrer Beziehung zu den Massen beraubten, folgten eine Periode voller Krisen und eine schwere Niederlage. Nicht nur, daß der Aufbau der Partei nur schwerfällig vorwärtsging, nicht nur, daß die Kaderbildung große Schwierigkeiten machte – darüber hinaus traten die verschiedensten Strömungen des Liquidatorentums aller Richtungen in den Vordergrund. Die Liquidatoren vertraten die scheinbar grundverschiedenen und sich widersprechenden Standpunkte, nämlich einerseits einen völligen Rückzug in die Illegalität, andererseits dagegen eine völlige Akzeptierung der legalen Möglichkeiten und die Ablehnung der Illegalität. Der Erfolg ihrer Tätigkeit hätte nur zur Liquidierung der KMP führen können. Dabei machte sich auch das Liquidatorentum der Renegaten bemerkbar: Es verfolgte eine Konzeption der nur ideologischen Arbeit und führte einen hartnäckigen demagogischen, bis zur Denunzierung gehenden Kampf gegen die praktische Zellenarbeit. In schweren Auseinandersetzungen gelang es der KMP, sämtliche Strömungen des Liquidatorentums aus der Partei auszumerzen, den Einfluß der Renegaten in der Partei zu beseitigen und sie auch unter den mit der Partei Sympathisierenden ziemlich zu isolieren.

Die Dreiviertel-Illegalität der MSZMP zwang die Partei zu einer neuen Taktik. Über die Linie des Weihnachtspenums mußte hinausgegangen werden, man mußte regelmäßige Fraktionsarbeit in allen Massenorganisationen aufbauen und deren Grundlage: die illegale Zellenorganisation schaffen; es mußten Technik und Geist der Konspiration in der Partei verbreitet werden. Nach Überwindung großer objektiver und

subjektiver Hindernisse begann endlich diese Arbeit. Mit dem Zerfall der Bethlen-Konsolidierung, den die Partei rechtzeitig erkannt und richtig gewertet hatte, wuchs ihr Einfluß ständig, wuchsen auch die Parteilichkeit der Führung und der Organisation. Dennoch bestand weiterhin eine Schere zwischen dem politischen Einfluß der Partei und seiner Transformation in die Organisation. Diese Probleme riefen einen sich wechselseitig verstärkenden Prozeß hervor, der weder von dem vor der Außenkommission aufgetauchten Gegensatz wegen der Julius-Frage [16] noch von jenen zahlreichen Verhaftungen aufgehalten werden konnte, denen die Partei noch immer ausgesetzt war. Aber es ist ein klares Zeichen der organisatorischen Festigung der Partei, daß die Verhaftungen in Ungarn wie im Ausland (Béla Kun) in verhältnismäßig begrenztem Umfang vorgenommen worden sind und eine Fortdauer der Parteiarbeit keinen Augenblick verhindern konnten. Das erweiterte Plenum des Zentralkomitees im Sommer 1928 zog die Lehren aus dieser Periode und gab Richtlinien zur weiteren Tätigkeit der Partei. Die Partei nahm mit einer aus heimischen und ausländischen Genossen bestehenden Delegation an dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale teil.

## II. Die grundlegenden Änderungen während des Bethlen-Regimes und die Klassen

1. Ein hervorragender Zug ist: die Zunahme des relativen Gewichtes des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung des Agrarcharakters des Landes. Das begünstigt auch schon Trianon (siehe: U. M., November 1928 [17]); die spätere Entwicklung stärkt diese Tendenz. Während die landwirtschaftliche Produktion sich kaum oder in sehr langsamem Tempo entwickelt (der durchschnittliche Weizenenertrag vor dem Krieg pro Morgen beträgt 7,6 Doppelzentner, der Durchschnitt der letzten 6 Jahre 7,56 Doppelzentner; die Viehzucht entwickelt sich eher zurück), ist die Entwicklung der Industrie sehr schnell. Teils entsteht neue Industrie (Textilindustrie) teils erreichen die alten Industrien fast das Friedensniveau oder übertreffen es gar. (Beschäftigte Arbeiter gibt es 1913: 219 000, 1927: 217 000. Der Wert der Produktion beträgt 1913: 1 887 Millionen g. K., [18] 1927: 2 347 Millionen g. K. In Betracht zu ziehen ist: a) der Zuwachs der Arbeitsintensität, b) Abnahme des Geldwertes. Das Gesamtbild: eher mehr als weniger.)

Diese Verschiebung wird von der Außenhandelsbilanz noch klarer gezeigt. Noch 1921 machte die Einfuhr den Eindruck eines typischen Agrarlandes (18% Rohstoffe, 66% Produkte). Seither wächst die Rohstoffeinfuhr ständig, die Einfuhr von Erzeugnissen fällt ständig, obwohl die wachsende Industrialisierung für Investitionszwecke auch

auf die Einfuhr angewiesen ist. (Z. B. Textilmaschinen.) 1927 macht die Rohstoffeinfuhr schon mehr als 30% aus, während die Einfuhr von Erzeugnissen auf nicht ganz 47% fällt. Dieses Bild der Entwicklung wird von der Ausfuhr verstärkt. Der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fiel von 1926 bis 1928 von 32% auf nicht ganz 30%, der Anteil der Ausfuhr tierischer Erzeugnisse von 40% auf 31%, während der Anteil der landwirtschaftlichen Industrie in derselben Zeit von 16% auf 19,5%, der Anteil der Industrie insgesamt von 11,4% auf nahezu 20% stieg. (Natürlich konnte der Anstieg der Industrieausfuhr mengenmäßig das Sinken der landwirtschaftlichen Ausfuhr völlig ausgleichen. Die Industrie kann 87% der eigenen Bedürfnisse decken.) Diesen Prozeß begleitet ein starker Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß. In einzelnen Industriezweigen, besonders in den neuen Industrien, ist der Zuwachs der Rolle der Maschinen stark. (1928 führte man in den ersten neun Monaten allein Textilmaschinen für 7,6 Millionen P. [19] ein.) Im allgemeinen besteht aber die Konzentration hauptsächlich aus Betriebsstillegungen. (Ganz-Konzern; die Industriestatistik von 1927 berichtet neben der Entstehung von 46 neuen Industrie-Unternehmen über 124 Stillegungen.) Aus der Außenhandelsstatistik ersieht Jozsef Vágó, daß die Einfuhr der von der Großindustrie benutzten Rohstoffe steigt, die der Kleinindustrie und Handwerker abnimmt. Die Bankrottstatistik zeigt ebenfalls, daß die Krisen und Depressionen in erster Linie den Handel und zwar den Mittel- und Kleinhandel ruinieren. Die wachsende Aktivität der Banken, das Verkaufskartell (Eisen- und Textilindustrie usw.), die Warenhäuser usw. beschleunigen diesen Prozeß. Das Wesen der Rationalisierung ist die Arbeitszeitsenkung, das Antreibersystem, die Erhöhung der Arbeitsintensität, nicht aber der völlige Umbau der technischen Einrichtung, wie z. B. in Deutschland. Im allgemeinen kann man bemerken:

a) die starke Steigerung der Arbeitsintensität. Die jährliche Produktion eines Arbeiters (in Tausend Pengö) stieg zwischen 1924–27 wie folgt: 7,04; 10,2; 10,4; 11,1;

b) gleichzeitig fiel der prozentuale Anteil des Arbeitslohns innerhalb des Gesamtwertes der Produktion: 1926 12,5%, 1927 12,2%;

c) Die Zahl der Facharbeiter nimmt ab (zwischen 1925 und 1927 um 5,9%), die der ungelerten, hauptsächlich die der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter nimmt zu. Das Verhältnis der Frauen: 1926 27,2%, 1927 29,6%. Die Textilindustrie beschäftigte 1926 22 600 Frauen und 10 700 Männer.

Diese Tendenz wird durch das wachsende Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft noch mehr verstärkt. (Das äußert sich in der Modernisierung der Produktionsweisen. Z. B.: der Verbrauch von

Kunstdünger stieg von 11,5 Tausend Waggons im Jahre 1926 auf 16,5 Tausend Waggons im Jahre 1928. Die mit großer Reklame ausgerufenen, der Bodenverbesserung der Bauerngüter dienende Regierungsaktion machte davon ca. 250 Waggons aus.) Die Lasten der Absatzkrise bürdet der Großgrund-Besitz dem Klein- und Mittelbesitz auf. Das äußert sich darin:

a) daß es dem Großgrundbesitz gelingt, einen Teil seines Getreideüberflusses mit Hilfe der Tarifpanamas zu exportieren;

b) daß das unter dem ausschließlichen Einfluß der Großbanken stehende neue Exportinstitut in erster Linie den Interessen der Großgrundbesitzer dient;

c) in der Gestaltung der Kredit-Verhältnisse (der Großgrundbesitz nimmt langfristige Hypothekenanleihen auf; die Verschuldung des Kleingrund-Besitzers ist zum überwiegenden Teil in den kurzfristigen Wechselkrediten begründet; Zinslasten des Bodenkredits);

d) mit Hilfe der »Zündholzanleihe« bezahlt man den Großgrundbesitzern den »erlösten« Boden über den eigentlichen Wert;

e) die bei der Bekämpfung der Absatzkrise geplante und begonnene Standardisierung wird den Großgrundbesitzern einen riesigen Vorteil bringen und die kapitalarmen, zu Investitionen nicht fähigen Mittel- und Kleingrundbesitzer konkurrenzunfähig machen;

s. ähnliche Entwicklung in Deutschland;

f) diesen Prozeß beschleunigt auch der Eingriff des Staates. Das »Wirtschaftsministerium« ist nichts anderes, als ein zentrales Organ für die friedliche Lösung der Großkapitalist – Großgrundbesitzer Interessengegensätze und für die Schaffung solcher Lösungen, welche das schnelle Durchsetzen der wirtschaftlichen Überlegenheit des Großgrundbesitzes gegenüber dem Klein- und Mittelgrundbesitz noch mehr fördern. (All diese Tendenzen verbünden freilich die oberste Schicht des Bauerntums mit dem Großgrundbesitz enger als bisher und werden die Interessengegensätze zwischen den obersten und mittleren bzw. unteren Schichten verschärfen.)

2. Die hier aufgezählten Tendenzen kamen in der widerspruchsvollen wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1928 zur Geltung. Im ganzen genommen macht das Bild des vergangenen Jahres trotz der wachsenden, oder wenigstens das Niveau der guten Konjunktur von 1927 erreichenden Produktion der wichtigen Produktionszweige eher den Eindruck der Depression. Die Kohle-Produktion und der Verbrauch zeigen eine Erhöhung im Verhältnis zu 1927. Im Gegensatz dazu steht: daß sowohl die einheimische Eisenproduktion, als auch die verbrauchte Eisenmenge etwas hinter denen von 1927 zurückbleiben. Die Güterbeförderung der staatlichen Eisenbahnen stagniert, über den



Bausektor kann man sich kein Bild machen, die verbrauchte Ziegelmenge bleibt etwas hinter der von 1927 zurück. Die Arbeitslosigkeit wuchs besonders in den ersten und letzten Monaten des Jahres. Die Arbeitslosenstatistik des Gewerkschaftsrates zeigt von Juni ab ständig höhere Zahlen als 1927. Im Gegensatz dazu zeigt die Beschäftigungsstatistik des Arbeitgeberbundes von April ab durchschnittlich 5–6000 mehr beschäftigte Arbeiter als 1927, was wieder auf die Rationalisierungsverschiebung innerhalb der Arbeiterklasse deutet. Die Absatzkrise der Landwirtschaft dauert unverändert an. Die Viehausfuhr und die Ausfuhr tierischer Erzeugnisse bewegt sich seit 1926 abwärts. Diesem Gesamtbild entspricht vollkommen das sehr langsame Tempo der inneren Kapitalbildung. Die Spareinlagen und besonders die Kontokorrenteinlagen geben davon ein nicht ganz treues Bild, obwohl sich das Tempo der Entwicklung im Verhältnis zu 1927 auch dort verlangsamte. Auffallend aber ist die große Verringerung des Verkehrs der Börse (1927: 1064 Millionen P.; 1928: 543 Millionen P.) verbunden mit der ständigen und starken Wertminderung sämtlicher Wertpapiere, was um so mehr erwähnenswert ist, weil die Gewinnanteile von 1928 im Durchschnitt höher als die von 1927 waren, und die von 1929 werden vermutlich noch höher liegen. Das Angewiesensein auf ausländische Anleihen, der Investitions- und Subventionseingriff der Regierung werden also auch im weiteren eine wichtige Rolle bei der Art der Gestaltung der Konjunktur spielen. Ob es Bethlen gelingt, eine neue ausländische Anleihe zu schaffen, wird eine entscheidende Auswirkung auf die Entwicklung des Verhältnisses der beiden führenden Klassen haben.

3. All diese Tendenzen wirken in der Richtung, daß sie unter der Führung des Finanzkapitals den Bund des Großgrundbesitzes und des Großkapitals enger schmieden. Besonders der Einzug des Kapitalismus in die landwirtschaftliche Produktion wird sich immer mehr in solcher Richtung auswirken. Das aber schließt bei weitem nicht aus, daß Interessengegensätze – häufig sehr scharfe – zwischen den beiden führenden Klassen auftauchen. Besonders scharf stechen die Interessengegensätze um Zoll- und Tariff Fragen hervor. Charakteristisch ist aber, daß die typischen Vertreter dieser Klassen in so gearteten Zusammenstößen, sozusagen als Vorkämpfer, niemals eine Rolle spielen. Von der Seite des Großgrundbesitzes her schreitet wahrhaftig der äußerste rechte Flügel an der Spitze, von den Banken her die verhältnismäßig unabhängige, feudale legitimistische Aristokratie. (Ausfall János Hadiks im Magnatenhaus gegen das OFB [20].) Von der Seite des Großkapitals her sehen wir niemals die Vertreter der Großbanken und der Schwerindustrie in der ersten Schlachtreihe; diese Rolle

überläßt es den Vertretern der Leichtindustrie und des Handels. (Ausfall Pál Sándors gegen die Genossenschaften.) Das ist teilweise darauf zurückzuführen, daß das Maß der Verflechtung innerhalb jeder Klasse verschieden ist (desto größer, je enger die Beziehung zum Finanzkapital ist), teilweise aber hat es taktische Gründe. Jede Klasse strebt nämlich danach, breite kleinbürgerliche, ja sogar proletarische Massen hinter sich zu bringen. Das geschieht einerseits als Agrarfront, andererseits als der Kampf gegen das Dorf. Diese Manöver können eher gelingen, weil das Bauerntum seit der Zerschlagung der Nagyatád-Partei, eigentlich überhaupt nicht organisiert ist. Die Linksparteien des städtischen Kleinbürgertums und Mittelbürgertums spielen aber eine führende Rolle in diesen Kämpfen. Die Sozial-Demokratie unterstützt in der ihr möglichen Art und Weise die Verwurzelung dieser falschen Opposition in der Arbeiterschaft: Sie führt Industrieförderungspolitik durch und unterstützt nicht nur die kleinbürgerlichen Parteien, sondern geradewegs auch den GYOSZ [21], sooft Interessengegensätze zwischen ihr und den Großgrundbesitzern auftauchen. Solcherart verdecken diese Manöver vor den Kleinbürger- und Arbeiterschichten das grundlegende Problem: daß der Großgrundbesitz und das Großkapital trotz aller Interessengegensätze sich immer enger aneinanderbinden und das Lebensniveau der Unter- und Mittelschichten immer tiefer drücken.

4. Die wirklichen Interessengegensätze liegen also hier. Die Interessengemeinschaft der beiden herrschenden Klassen und ihr gemeinsamer Kampf gegen die Unter- und Mittelschichten zeigt sich am klarsten in der Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben. So ist im Etat von 1928–29 die Einnahme der direkten Steuern nur um 11 Millionen P. höher als im vergangenen Jahr. (Davon macht jedoch die Haus-Mietsteuer 10 Millionen P. aus, eine Steuer also, die in erster Linie die unteren und Mittelschichten berührt.) Dagegen beträgt die Zunahme der indirekten Steuer, dem Voranschlag gemäß, nur 116 Millionen P., wobei man berücksichtigen muß, daß die indirekten Steuern immer den Voranschlag übersteigen (im vergangenen Jahr war der Überschuß 100 Millionen P.), während die direkten Steuern größtenteils dem Voranschlag entsprechen. Der gemeinsame Kampf der beiden herrschenden Klassen gegen alle städtischen und auf dem Land arbeitenden Schichten ist damit natürlich noch nicht erschöpft. Sämtliche, mit Hilfe des Staates geschaffenen wirtschaftlichen Anstalten dienen diesem Ziel: Export-Anstalten, industrielle Kreditanstalt, deren Bildung sich mehr als ein Jahr lang verzögerte, bis es den Großbanken gelang, ihren entscheidenden Einfluß völlig zu sichern und festzulegen, daß industrielle Hypothekenanleihen nur die von

ihnen abhängigen Unternehmen bekommen können usw. Hierher gehört die finanzielle Liquidierung der Bodenbesitzreform mit Hilfe des Zündholzpanamas, wo auch die Großgrund-Besitzer an einem über dem Wert des Bodens liegenden Schaden-Ersatz teilhaben. Die man zu Boden hatte kommen lassen, brachen unter der ihnen aufgebürdeten Last zusammen, während die ganze arbeitende Bevölkerung des Landes dem schwedisch-amerikanischen Zündholztrust die Kosten der Finanzierung bezahlt. Im Dienste dieser Tendenz, der immer mehr wachsenden Zurückdrängung des Kleinhandels, stehen sowohl die Waren-Abteilungen der Banken, als auch die Verkaufskartelle (Textil, Eisen, Zement usw.), auch die mit staatlichem Geld unterstützten Genossenschaften; die wachsende Bedeutung der Warenhäuser steht ebenfalls im Dienste dieser Tendenz. Mit Bezug auf das Dorf wird das wachsende Eindringen des Kapitalismus in die landwirtschaftliche Produktion (Standardisierung) auf das Klein- und Mittelbauerntum ähnliche Wirkung haben. Die durch Zölle, Kartelle usw. verursachte Teuerung drückt im gleichen Maße auf das arbeitende Volk der Stadt und des Dorfes. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zeigen sich gleichermaßen in der Stadt und im Dorfe. Der aus der Absatzkrise führende Weg mit Hilfe der Tarifbegünstigungen dient ausschließlich den Interessen des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Also zeigt – im scharfen Gegensatz zu der Auffassung der Sozialdemokratie – die wirkliche wirtschaftliche Lage in allen konkreten Fragen die Interessengemeinschaft der städtischen und Landarbeiter gegenüber dem Bund des Großgrundbesitzes und des Großkapitals.

So sehr sämtliche Konsolidationsparteien (also auch die Sozialdemokratie) dabei sind, diese wirklichen Interessengegensätze vor den Arbeitermassen zu verheimlichen, so sehr die Parteien des städtischen Kleinbürgertums und des Mittelbauernums infolge der Bethlenschen Konsolidierung sich zerstreuten, es wurde trotzdem unvermeidlich, daß diese wirtschaftlichen Fakten im städtischen und ländlichen Kleinbürgertum eine tiefgreifende Unruhe verursachen; sie vergrößern diesen Abstand, der noch die führenden Klassen des Systems von dessen unteren Schichten trennt. Auf der Oberfläche äußern sich die Differenzen zwischen den beiden führenden Klassen und jede strebt danach, möglichst breite Massen um sich zu sammeln; in Wirklichkeit aber kommt die Enttäuschung über die Konsolidierung, die Sanierung, das Bethlen-Regime so tief und elementar zum Ausdruck, daß das – obwohl es nur gelegentlich an die Oberfläche des politischen Lebens gelangt – trotzdem die Vertiefung der Krise des Regimes, die wachsende Isolation von den Massen bedeutet.

5. Diese Krise steigerte in großem Maße das außenpolitische Fiasko der Bethlen-Regierung, machte es bewußt und brachte es an die Oberfläche. Der Glaube an die englisch-italienische Orientierung weckte in sehr breiten kleinstädtischen Massen Hoffnung in der Richtung, daß ihr wirtschaftliches Elend – als Folge Trianons – nur zeitweilig sei, daß das Verbleiben in der nationalen Einheitsfront, die Unterstützung der Außenpolitik Bethlens innerhalb kurzer Zeit Früchte bringen könnte. Objektiv war natürlich von Anfang an klar, daß die englisch-italienische Orientierung, betreffs der Revision Trianons, unter keinen Umständen positive Ergebnisse bringen kann, daß Bethlen also keine andere Wahl hat, als ohne Gegenleistung die ungarischen Arbeiter und Bauern für die Zwecke des Krieges gegen die Sowjetunion zu liefern. Jedoch besonders der italienisch-französische Gegensatz, mit seinen unmittelbaren Auswirkungen auf das Verhältnis zur Tschechoslowakei und Jugoslawien, weckte die provinzielle Illusion in den breiten Massen, der französisch-italienische Gegensatz stünde im Mittelpunkt der europäischen Konflikte, die Bethlensche reale Außenpolitik könne, sich darin einschaltend, wirkliche Ergebnisse erreichen. (Die oppositionelle Plattform der Sozi Partei, die jugoslawische Orientierung verstärkten nur diese provinzielle Illusion.) Das Bekanntwerden der englisch-französischen Entente zerstörte endlich diese Illusionen. Es wurde klar, daß:

- a) der antisowjetische Krieg im Mittelpunkt der europäischen Politik steht;
- b) daß Ungarn sich dabei bedingungslos einschalten muß,
- c) daß England und Frankreich in schnellem Tempo sämtliche äußere und innere Gegensätze der Balkan-Staaten liquidieren, um diese für den antisowjetischen Krieg kampffähig und zur Blockbildung fähig zu machen. Nach kurzem Zögern beschleunigte Bethlen die Einnahme des Standpunktes der bedingungslosen Kapitulation (Weg nach Warschau, was, neben der Stärke des polnisch-rumänischen Bundes, in der Praxis die Erledigung der Gegensätze mit Rumänien bedeuten muß.)

Besonders der innenpolitische Teil dieser Wendung ist entscheidend wichtig. Die wichtigste Funktion der »realen Außenpolitik« war das Zusammenstückeln der nationalen Einheitsfront. (Eintritt der Sozialdemokratie in die nationale Einheitsfront. Das Verhältnis zur Rothermere-Aktion, Forderung wirtschaftlicher Grenzen, kulturelle Überlegenheit usw.) Die mit der Revision Trianons zusammenhängenden wirtschaftlichen Illusionen spielten trotz ihres Illusion-Charakters eine sehr reale Rolle bei der Beruhigung der erbitterten Massen, auch bis tief in die Arbeiterklasse hinein. Dieser illusorische Charakter

bedeutet nicht, daß es nicht das reale Interesse der ungarischen Schwerindustrie wäre, durch die Revision Trianons die alten Rohstoffgebiete zurückzuerobern und den inneren Markt gewaltsam zu erweitern. Die Illusion steckt darin, daß die Grenze von Trianon die wahre Ursache der grundlegenden Frage der ungarischen Wirtschaftskrise, der Absatzkrise der Landwirtschaft sei. Diese Ursache ist in Wirklichkeit nicht Trianon, sondern die Abschaffung der Zoll-Gemeinschaft mit der alten Monarchie, die Möglichkeit des Weltmarktpreise übersteigenden, von der Monopollage herrührenden Getreideabsatzes. Die im Sommer eingetretene außenpolitische Wirkung verschärfte die innere Krise des Regimes, untergrub das Prestige des Bethlen-Regimes, brachte die Krise des Ganzen offensichtlich zum Ausdruck.

6. Die beginnende Krise des Bethlen-Regimes trieb einen Teil der herrschenden Klassen dazu, für den Fall der Erschütterung oder des Sturzes des Regimes einen Nachfolger zu besorgen. Das heißt, man wollte – auf Grund der Lehren der Revolution und Konter-Revolution – schon von vornherein dafür sorgen, daß die Herrschaft im Falle des Sturzes von Bethlen unverändert in den Händen der Klassen der Großgrundbesitzer – der Großbourgeoisie bliebe. Diese »oppositionelle« Bewegung, die sich schon im Frühling als Wahlrechtsblock versuchte, zeigte nach der vom außenpolitischen Fiasko verursachten Krise ihr Gesicht besser, natürlich ohne daß sie vorläufig eine feste Parteiform angenommen hätte. Das größte Hindernis solcher Gruppierung ist der völlig prinzipienlose Charakter des Bundes: daß dort der ultrarechte Flügel des Großgrundbesitzes (Apponyi-Andrássy und die legitimistischen Magnaten) mit dem linken Flügel der Groß- und Mittelbourgeoisie, mit den Vertretern des Handelskapitals und den nicht in Trusts organisierten Industrien (Kállay, Rassay, Pál Sándor usw.) unter dem Kennwort des Liberalismus, der Demokratie in einen Block tritt. Es ist klar, daß für den Fall, daß dieses Bündnis Herrschaft erlangt, die jetzt führenden Schichten gegenüber den heute eine entscheidende Rolle spielenden Schichten der herrschenden Klassen bald in den Hintergrund gedrängt würden (Großbanken und die von ihnen abhängige Schwerindustrie), aber eine solche Umgruppierung wäre für die herrschenden Klassen viel weniger gefährlich, als wenn man – wie in der Zeit der Konterrevolution – von neuem vom Kleinbürgertum und Mittelbauerntum die Führung zurückerobern müßte. Das ist die Ursache dafür, daß nicht nur die Opposition bis zum äußersten auf loyalen Standpunkt gegenüber Bethlen steht, sondern auch Bethlen selbst diese Opposition duldet und die Fäden nicht zerschneidet welche diese an ihn binden. Jedoch ist die Opposition mit der größten Kraft dabei, die unzufriedenen kleinbürgerlichen Elemen-

te völlig in den Hintergrund zu drängen, wenn es nötig ist, auch um den Preis der Spaltung. (Rassay desavouiert Fábíán in der Sztranyavszky-Affäre.) Der strenge Konsolidierungscharakter der neuen Opposition offenbart sich zum Teil darin, daß sie völlig auf den Grundlagen der revisionistischen Außenpolitik steht, nur mit dem Unterschied, daß sie sich die früher von Sozi-Partei und kleinbürgerlicher Seite verkündete Losung über den Zusammenhang der Demokratie und der Revision, über die Gewinnung der Sympathie der westlichen Demokratien infolge der inneren Demokratisierung zu eigen machte. Den Wert dieser Demokratie zeigt am klarsten, daß die liberale Opposition immer offener und entschiedener unter legitimistische Führung gelangt (Nagy-Kanizsa). Dieses legitimistische Vordringen bedeutet überhaupt nicht das in den Vordergrund-Rücken der Königsfrage. Im Gegenteil, betont vollkommen ist die Übereinstimmung mit Bethlen darin, daß die Königsfrage heute »nicht aktuell« ist. Die Bedeutung der Betonung des Legitimus richtet sich ausschließlich gegen die kleinbürgerlichen faschistischen Bestrebungen (»Usurpator«), sogar Apponyi erklärte offen, wenn ein legitimer König nicht in Frage kommt, dann soll lieber eine Republik sein, was nach den deutschen und österreichischen Beispielen den Klassencharakter der liberalen Opposition klar zeigt.

Trotz dieses entscheidenden Klassencharakters (Großgrundbesitzer – Großkapitalist) ist die Losung der mit der Revision verbundenen Demokratie dazu geeignet, neuere Trianon-Illusionen zu wecken. Die zum Legitimus gehörende Losung über die Reinheit des öffentlichen Lebens ist gleichfalls dazu geeignet, die über die Sanierung enttäuschten Massen, welche sehen, wie die herrschenden Klassen die Wirtschaftskrise mit der Hilfe von Panamas zu ihren Gunsten lösen, glauben zu lassen, daß der Ausweg in dieser Richtung liegt. Diese Illusionen und der Anschluß kleinbürgerlicher Massen werden im großen von der Unterstützung begünstigt, welche die Sozi-Partei der liberalen Opposition zukommen läßt. Mit einem Scheinkampf deckt sie die legitimistische Propaganda und hilft jedes Feuer gegen die kleinbürgerlichen, faschistischen Bestrebungen (Albrecht) zu konzentrieren. In der demokratischen Revisionspolitik schreitet sie völlig in einer Reihe mit Kállay, Rassay und Apponyi. Es ist natürlich, daß – da auch die Opposition nicht völlig mit Bethlen brach – auch die Sozi-Partei nicht durch ihren Anschluß an die Opposition zum Bruch mit Bethlen gezwungen wird. Der Sozi-Partei fällt die Rolle der Armeereserve der Konsolidierung zu. Gleichweise unterstützt sie, und wird sie auch zukünftig eine Bethlensche oder Kállaysche Konsolidationslösung unterstützen.



7. Den beträchtlichsten Teil der liberalen Opposition macht das städtische Kleinbürgertum aus. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß das städtische Kleinbürgertum in seiner Gesamtheit oder Mehrheit der liberalen Opposition angeschlossen wäre. Das in der ersten Zeit der Konterrevolution an die Herrschaft gelangte städtische Kleinbürgertum wurde von der Konsolidierung politisch völlig desorganisiert. Die am Anfang der Konter-Revolution entstandenen Organisationen lösten sich teilweise auf, teilweise waren sie von der Bethlen-Regierung in die Staatsmaschinerie einbezogen. Die am Anfang der Konterrevolution herrschende, unklare, widerspruchsvolle Ideologie (Rassenschmutz, kleinbürgerlicher Antisemitismus und Antikapitalismus) löste sich noch während der Konsolidierung völlig auf und verlor ihre auf breite Massen wirksame Anziehungskraft. Diese politische Desorganisation wird durch die ständig wachsende wirtschaftliche Verelendung des städtischen Kleinbürgertums gesteigert, das nur zur ständigen Vergrößerung der Staatsmaschinerie zugunsten einer sehr kleinen Schicht auszugleichen fähig ist. Das Kleinbürgertum sinkt während der Konsolidierung fortwährend, teilweise wegen der erwähnten wirtschaftlichen Ursachen, zu welchen noch die auf großkapitalistische Weise geschehene Liquidierung der Kriegsüberreste (Inflation, Kriegsanleihe usw.) beiträgt. Insofern ist das Kleinbürgertum völlig gespalten. Sein bedeutender Teil – und zwar sowohl der rechtsgerichtete, als auch der linksgerichtete – zieht sich hinter Bethlen zurück, ohne, ein wirklich begeisterter Anhänger des Bethlen-Regimes zu sein. Der linksgerichtete Teil wird teilweise von der liberalen Opposition aufgesogen, teilweise von der Sozi-Partei. Die rein faschistischen kleinbürgerlichen Intellektuellen haben seit der Auflösung der Gömbös-Gruppe keine spürbare selbständige politische Vertretung mehr. Trotzdem löst die Enttäuschung über die Konsolidierung und die Zerstörung des Prestiges des Bethlen-Regimes infolge des außenpolitischen Fiascos eine kraftvolle Bewegung im faschistischen Kleinbürgertum aus. Der politische Mittelpunkt dieser Bewegung ist die Albrecht-Frage, als Versuch, das am Anfang der Konterrevolution herrschende Kleinbürgertum wieder zur Herrschaft zu führen. Mit ernstem politischen Erfolg kann diese Richtung nicht rechnen. Ein anderer Flügel der faschistischen kleinbürgerlichen Intelligenz sucht teilweise Verbindungen zum Bauerntum (Miklós-Bartha-Kreis, Vorhut), teilweise auch zur Arbeiterschaft (Artikel von György Oláh über Pilisvörösvár). Trotz seiner unklaren, faschistischen Ideologie, trotz seiner sektenartig kleinen Organisation kann diese Richtung eine gewisse Gefahr in sich bergen, sofern es ihr gelingt, sich in den erbitterten, enttäuschten, aber zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter und Bauern einen gewissen

Einfluß zu verschaffen.

8. Das Bauerntum verlor mit der Konsolidierung gleichfalls seine politische Organisationsform: der noch verbliebene Teil der Kleinlandwirtpartei verschmolz in die Einheitliche Partei, und die Ausgetretenen haben kaum eine echte Organisation im Dorf (Gyula Berky). Die breiten Massen des Bauerntums sind auf diese Weise ohne jede selbständige Organisation und die Bethlen-Regierung entfaltet die größten Kraftanstrengungen in der Richtung, daß sie nicht nur jede Organisation der Bauern verhindert, sondern auch das Bauerntum in jedem Dorf staatlich geführten Organisationen sammelt. (Dorfbund, Levente [22], Lese-Kreise, Laienvorstellungen, Volkshäuser usw.). Unter solchen Umständen offenbart sich die Unzufriedenheit und Enttäuschung des Bauerntums; um so mehr, als bei den ungarischen Presseverhältnissen nur die Faschisten Gelegenheit haben, ein Bild über die Lage des Bauerntums zu geben. Aber wenn wir dieses Bild mit der objektiven wirtschaftlichen Lage vergleichen, dann ist die schwere Enttäuschung des Bauerntums bei der konterrevolutionären Konsolidierung klar. Die Bodenreform brachte nur eine ganz minimale Veränderung der Besitzverhältnisse mit sich. (Im Jahre 1921 hatte der Großgrundbesitz 53,5% des Bodens des Landes inne, 1927 47,8%.) Abgesehen davon, daß den bedeutendsten Teil des unter belastenden Bedingungen verteilten wenigen Bodens nicht das Bauerntum bekam (nach den offiziellen Angaben bekamen mindestens ein Viertel des verteilten Bodens Vitézen [23], also Beamte; in Wirklichkeit sicherlich viel mehr), befriedigte die Bodenreform überhaupt keine Schicht des Bauerntums. Infolge der Absatzkrise verschuldet das durch Teuerung, indirekte Steuer usw. in eine immer schlechtere Lage gelangende Klein- und Mittelbauerntum in immer schnellerem Maße. (Wucherszinsen ländlicher Geldinstitute, Grünkredit). Die Ereignisse der letzten Zeit vermehren auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet in der Bauernschaft die Empfindung des »im Stich Gelassenseins«, der Preisgegebenheit, das Mißtrauen dem Staat und den politischen Parteien gegenüber. Die im Dorf gegründeten staatlichen Organisationen, besonders die Levente, sind in den unteren Schichten des Bauerntums überhaupt nicht beliebt.

Diese Stimmung kann sich nur noch verstärken, wenn die finanzielle Lösung der Bodenreform und die Übertragung der Lasten der Absatzkrise auf die untere und Mittelschicht des Bauerntums den schwächsten Teil des Bauerntums mit sich reißt, der in der Bodenreform zu Boden gelangt war.

Noch offenkundiger ist diese Lage bei den Landarbeitern. Auch hier gibt es wachsende Unzufriedenheit bei völliger Unorganisiertheit. Seit

dem Pakt von 1922 hörte der Land-Arbeiterbund als Massenorganisation auf zu existieren (die Statistik der Gewerkschaften gibt 1927 3800 Mitglieder an), den Andrang der Landarbeiter in die MSZMP in den Jahren 1925–26 unterbrach jedoch der behördliche Terror. Zwar reduzierte – nach den offiziellen Angaben – die Bodenreform die Anzahl der Landarbeiter von 895 000 auf 713 000. Aber diese Reduktion ist nur scheinbar. Da der Durchschnittsgrundbesitz, zu dem sie gelangten, 1,7 Morgen war, da sie weder Vieh noch sonstiges Arbeitsgerät besitzen, sind die neu zu Boden gelangten »Bodenlosen« gezwungen, in der Nähe, auf Herrschaftsgütern oder bei den Großbauern, um jeden Preis Arbeit anzunehmen, um die dort geliehenen Zugtiere abzarbeiten. So spielt die durch die Bodenreform zu Boden gelangte Schicht die Rolle des an die Scholle gebundenen Lohndrückers. Diese Wirkung der Bodenreform äußert sich auch darin, daß die landwirtschaftlichen Tagelöhne von 1926 bis 1927 um 15–20% fielen. Natürlich ist die Ursache dafür nicht ausschließlich die Bodenreform; sondern mitursächlich die beginnende Kapitalisierung (Einführung der Maschinen usw.) der landwirtschaftlichen Produktion, deren sicheres Zeichen die ständig steigende Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft ist. Schließlich wird darin die völlige Unorganisiertheit der Landarbeiterschaft deutlich.

9. Mit der Lage der Arbeiterschaft und ihrer Entwicklung werden wir uns in einem gesonderten Kapitel beschäftigen.

10. Das Gesamtbild ist also: die Abtrennung der unteren und Mittelschichten der Gesellschaft von den Parteien der Konsolidierung, ihre Entfremdung von den Ideologien der Konterrevolution und der Konsolidierung, die Isolierung des Bethlen-Regimes von den Massen, neben dem Tatbestand der Einheitlichen Partei als Rahmen, die Aufreibung und das Verwesen der nationalen Einheitsfront. Diesem Vorgang gegenüber, welchen die weitersehenden Politiker und Publizisten der Konsolidierung überhaupt nicht verkennen, trifft die Regierung folgende Schutzmaßnahmen.

a) Um jeden Preis versucht sie die Gegensätze der beiden führenden Klassen zu ebnen, sich ihre Kooperation zu sichern. Das Wirtschaftsministerium als zentrales Leitorgan dieser Kooperation. Exportinstitute. Bodenreform und Zündholz. Tarifiermäßigungen für die Großgrundbesitzer. Die staatliche Beeinflussung des Wirtschaftslebens (das Depositenguthaben der Regierung bei der Nationalbank beträgt 234 Millionen P.). Investitionen. Versuch der Aufnahme ausländischer Anleihen. Das völlige »Ausgeliefertsein« des Kleinbürgertums und Bauerntums am Großgrundbesitz und Großkapital.

b) Die Stärkung der Staatsmaschinerie. Gömbös, als Staats-Sekretär

für Landesverteidigung, ist Generalstabschef sämtlicher außerhalb der Armee stehenden bewaffneten Formationen. Haus-Ordnungsrevision. Pressegesetz. Wegnahme der Autonomien. Kulturpolitik Klebelsbergs, als systematische faschistische Ideologieproduktion, Plazierung faschistischer Intelligenz an allen wichtigen strategischen Punkten. Schulpolitik, als Versuch das ländliche Kleinbürger- und Bauerntum unter die Führung faschistischer Intelligenz zu bringen.

c) Politik mit der Sozialdemokratie. Ständiges Näherbringen der Bürokratie an die Staatsmaschinerie. Verhandlung mit der Bürokratie über das Gewerkschaftsgesetz. Friedensvermittlung (in Pilisvörösvár). Deckung der Panamas der Bürokratie (sanfte Behandlung der MÉMOSZ) [24]. Die Perspektive des geheimen Wahlrechts für die Zeit nach der notwendigen Stärkung der Staatsmaschinerie. Gleichzeitig jedoch Drohung, daß sie auch anders Arbeiterpolitik machen können (Sztranyavsky und die Adler). Duldung spalterischer Bewegungen. (Migray) und sogar deren Förderung (Szentirmay).

d) Lavieren in der Königsfrage. Die Königsfrage ist »nicht aktuell«, darin sind sie sich mit den legitimistischen Liberalen einig. Der Kampf gegen Albrecht wird den Legitimisten und den Sozis überlassen.

e) Völlige Kapitulation gegenüber der neuen Entente. Warschauer Weg. Kriegsvorbereitungen. (Ständiger Waffenschmuggel: Szentgott-hárd, Wien usw. Levente, Faschisierung des Dorfes, Unterstützung der zum Krieg notwendigen Industrien usw.) Vorbehaltloser Eintritt in die antisowjetische Front. Der Krieg wird für das Bethlen-Regime in immer wachsendem Maße innenpolitisches Bedürfnis, sowohl als einzige Möglichkeit bei der Wiederherstellung der nationalen Einheits-Front wie auch als Mittel gegen den Zerfall des Regimes.

11. Das Gesamtbild ist also: allgemeine Unruhe in den Klassen, der Anfang der allgemeinen Krise des Regimes. Gleichzeitig aber – infolge der Lehren der Revolutionen und Gegenrevolutionen – sind an der Oberfläche des politischen Lebens nur Konsolidierungs-Parteien. In dieser Lage tritt die Losung der Demokratie als notwendiger Verstärkung der Konsolidierung immer mehr in den Vordergrund, sowohl von der Seite Bethlens wie auch der liberalen Opposition. Der Konsolidierungscharakter sämtlicher Parteien äußert sich in den folgenden Fragen:

a) Jede Partei entsagt den mit der bürgerlichen Demokratie zusammenhängenden demokratischen Reformen oder bricht mit ihnen. (Fábián-Sztranyavszky Affäre; Neujahrsrede, Ressays: Verkündung der Rechtskontinuität der Konsolidierung; die Sozi-Partei und die Hausordnungen, Besuch der Einheitlichen Partei bei den Gewerkschaften.)  
b) In der Gewerkschaftsfrage steht jeder auf der Grundlage der Faschi-



sierung, nur in den Wegen und Methoden bestehen Unterschiede, hinter welchen sich in einzelnen Fällen natürlich Klassenunterschiede verbergen. (Führende Rolle von Großbourgeoisie oder Kleinbürgertum.)

c) Jede Partei steht auf der Grundlage der Revision.

d) Jede Partei bewertet die kommunistische Gefahr gleich.

e) Jede Partei bejaht den Krieg, besonders den antisowjetischen Krieg. Also, insofern – teilweise unter englisch-französischem Druck, wie in den anderen Balkan-Staaten – ein Versuch zur Reorganisation des Regimes gemacht wird, ergibt das aller Wahrscheinlichkeit nach eine demokratische Reorganisation: die völlige Liquidierung der bürgerlichen Demokratie innerhalb des demokratischen Rahmens. Dies bedeutet aber nicht etwa die Erringung der Herrschaft durch neue Klassen oder wenigstens *neue* Schichten, ist also keinesfalls Analogie zum Maniu-Fall. Ob Bethlen der demokratische Umbau gelingt, oder ein Kállay-Apponyi-Block das vollführt, oder aber Bethlen mit Kállay und Apponyi die nationale Einheitsfront erweitert, der Klassencharakter des Regimes im neuen demokratischen Gewand bleibt derselbe: die gemeinsame Herrschaft des vom Finanzkapital vereinigten Großgrundbesitzes und Großkapitals mit der faschisierten Staatsmaschinerie, in völliger Abhängigkeit von dem englisch-französischen imperialistischen Block, als dessen Söldner im antisowjetischen Krieg.

12. All dies spielt sich neben den immer mehr wachsenden Klassengegensätzen ab. Das Regime zerbröckelt fortwährend. Die Parteien isolieren sich in wachsendem Maße von ihren Massen, verlieren ihren auf sie ausgeübten Einfluß. Der Staat isoliert sich immer mehr. Die an die Konsolidierung und an den Sieg der Konterrevolution geknüpften Illusionen zerschlagen sich:

a) die wirtschaftlichen Illusionen verschwinden dadurch, daß sich die Sanierung der Privatwirtschaft als das rücksichtslose Vorgehen des Großkapitals – neben dem wachsenden Elend der arbeitenden Massen der Mittelschichten immer mehr enthüllt;

b) Zerstreuung der politischen Illusionen betreffs der nationalen Einheitsfront und der sonstigen Ideologien der konsolidierten Konterrevolution als auch der Revisions-Hoffnungen. (Obwohl es eindeutig ist, daß die Demokratisierung gewisse Illusionen im Kleinbürgertum und vielleicht im Bauerntum und in einzelnen Schichten der Arbeiterschaft wecken wird.) Der Staatsapparat ist den Bewegungen der Massen gegenüber noch aktionsfähig, aber innerlich zerfällt er völlig. (Korruptionen und Panamas, die ganze Staatsmaschinerie ist in den Händen der Großbanken.) Die Schwächung der Triebkraft der konterrevolutionären Ideologien und die Isolierung der Konsolidierungsparteien ge-

genüber der Massen ergeben, daß der politische Druck sich mildert. Weder die Disziplin oder Ideologie ihrer Parteien noch die offizielle Staatsideologie kann die Massen ganz, oder aber wenigstens in fortwährend abnehmendem Maße zurückhalten. Der auf die Massen ausgeübte gesellschaftliche Druck des konsolidierten Kapitalismus, seine suggestive Kraft, ist in Auflösung begriffen. Diese Schwächung äußert sich in der größeren Bewegungsfreude und Bewegungsmöglichkeit der Massen, in der zwangsläufig gegebenen Erlaubnis gewisser ideologischer Äußerungen, obwohl der rein polizeiliche Druck unverändert bestehen bleibt, ja sich sogar manchmal verstärkt.

### III. Die Lage der Arbeiterklasse

1. Die fortwährend wachsende Teuerung hatte schon längst die schwachen Wirkungen der Konjunktur von 1927 mehr als kompensiert. Der Arbeiterschaft gelang es infolge des Widerstandes der Gewerkschaftsbürokratie, der Verhinderung und des Verrats der spontan ausgebrochenen Streiks nicht, die Teuerung auch nur annähernd durch Lohnerhöhungen auszugleichen.

2. Die Anzahl der Facharbeiter nimmt – relativ gesehen – ab, die der Ungelernten, der Frauen und der jugendlichen Arbeiter zu.

3. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften nimmt ständig ab. Hinter dieser Abnahme steckt einerseits die schon erwähnte, von der Rationalisierung verursachte Verschiebung, die besonders dadurch verstärkt wird, daß die Gewerkschaften keinerlei Kampf gegen die Rationalisierung führen, ja, daß sie diese nicht nur durch ihre Passivität unterstützen, sondern geradezu Propaganda dafür machen. Auf diese Weise fiel ein ansehnlicher Teil der organisierten Arbeiter, welcher seine Interessen durch die Gewerkschaften nicht vertreten sah, weg. Andererseits löst ständige Sabotage, Hintertreibung und Verrat der Streiks in den breiten Schichten der Arbeiter eine tiefgreifende Abscheu den Gewerkschaften gegenüber aus. Den heutigen Zustand der geringen Organisation der ungarischen Arbeiterklasse darf man also nicht mechanisch als einfaches Zurückfallen in das primitive Stadium der Bewegung beurteilen, sondern man muß konkret sehen, wer die Masse der Nichtorganisierten ausmacht, und warum sie nicht organisiert ist. Hier muß man vor allen Dingen jene Schicht der Arbeiter berücksichtigen, welche teilweise seit langem und lange Zeit hindurch schon organisiert war, welche aber wegen des Abscheus gegenüber der Bürokratie die Organisation verließ. Darunter befinden sich zweifellos in Passivität versunkene Elemente, solche, die sich nach Rechts entwickelten, doch besteht ein bedeutender Teil von ihnen aus radikalen Arbeitern, die in eine zum Klassenkampf fähige ernst kämpfende

Organisation zurückgeführt werden können. Eine andere wichtige Schicht macht die junge Arbeitergeneration aus. Diese in der Zeit nach der Revolution aufgewachsenen Arbeiter sind schon von vornherein der Sozi-Partei und der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber mißtrauisch eingestellt. Sofern sie überhaupt organisiert sind, sammeln sie sich in den Kulturvereinen; es gibt aber auch eine Schicht, die nirgendwo organisiert ist, und doch regen Anteil an den Klassenkämpfen im Betrieb nimmt. Daneben bedeutet die fast völlig unorganisierte Arbeiterschaft der neuen Industrien, besonders der Textilindustrie, in der die Frauen und die unlängst vom Lande gekommenen Arbeiter eine sehr große Rolle spielen, eine ganz spezielle Frage. Die Györer und Szegeder Textilstreiks lehren, daß die Neigung zu klassenkämpferischer Solidarität und zur Ausdauer auch in dieser Arbeiterschicht existiert. Mit einem Wort: das Anwachsen der Unorganisiertheit darf man unter keinen Umständen so werten, als ob das für sich genommen schon den Verfall der Arbeiterbewegung, seine notwendigerweise abwärts zeigende Linie bedeute. Das ist eine Rechtsabweichung. Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht, daß die Partei die in der anwachsenden Unorganisiertheit steckenden Gefahren nicht erkennt und nicht gegen sie kämpft.

4. Die Gewerkschafts- und Parteibürokratie macht sich von der Arbeiterbewegung ständig unabhängiger und wächst in das Wirtschafts- und Staatssystem des konsolidierten Kapitalismus hinein. Das Parlament und der Stadtrat, die verschiedenen Unternehmen, die Pragmatik der Partei- und Gewerkschaftsstellen, das völlige Aufhören der Organisationsdemokratie usw. bieten einer oberen Bürokratenschicht die Möglichkeit, ihre Existenz von der Lage der Arbeiterbewegung und der Stellung der Arbeiter völlig unabhängig zu machen. Diese Schicht schafft dann mit der Hilfe von Parlaments- und Stadtratserwirkungen usw., mit der Gewährung kleinerer Anstellungen usw. die Existenz für eine untere Arbeiterbürokratenschicht, welche ihren Willen in den verschiedenen Organisationen durchführt. Dieses ständige Wachsen der Unabhängigkeit von der Arbeiter-Bewegung ist die objektive Grundlage der immer häufiger an die Öffentlichkeit gelangenden Panama- und Korruptionsfälle. Die Nutzung des Gewerkschaftsvermögens für spekulative Ziele steht mit den Panamas im Zusammenhang. Der MÉMOSZ-Fall ist überhaupt nicht isoliert, auch nicht Fehler oder Schuld von einzelnen, sondern eine notwendige Folge des ganzen Systems, ebenso wie die skandalösen persönlichen Fälle von Peyer, Mónus usw. Die Entwicklung der Bürokratie in dieser Richtung, das spekulative Gebahren der Gewerkschaften (Gilde-Sozialismus) bereitet am sichersten den Boden für die Faschisierung der Gewerkschaften.

5. Trotz dieser Einstellung der Bürokratie reagiert die Arbeiterschaft sowohl auf die wachsende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage als auch auf die Milderung des politischen Druckes. Also:

a) Ein Streik folgt dem anderen (Holz, Textil, Bergarbeiter). Der besondere Charakter dieser Streiks ist, daß sie im Betriebsmaßstab gegen den Willen der Gewerkschaften beginnen, in vielen Fällen sich aber gegen den Widerstand der Gewerkschaften auf den gesamten Berufsstand ausweiten. Besonders hervorragend ist, daß die Unorganisierten bei diesen Streiks ebenso aushalten wie die Organisierten. (Györ, Szeged, Pilisvörösvár.)

b) Die Arbeiterschaft nimmt den Kampf um die Straße auf. (Verprügelung der streikbrüchigen Adler, Numerus clausus-Demonstration, Arbeitslosendemonstrationen.) Dieser Kampf ist noch vollständig instinktiv, im Falle der Numerus clausus-Demonstration diente er der liberalen Blockpolitik der Parteiführung sogar als politisches Mittel. (Ein großer Schritt vorwärts ist die Arbeitslosendemonstration.) Diese Einschränkungen vermindern jedoch die Bedeutung des Faktums nicht, daß die Arbeiter aktiv und kampflustig auf der Straße erscheinen und sich den faschistischen Formationen widersetzen.

c) Noch mutigere Kundgebung, offenere Stellungnahme für den Marxismus, den Klassenkampf und die Sowjetunion besonders bei jüngeren Arbeitern. Deren Bedeutung wird nicht dadurch vermindert, daß sich dies hauptsächlich – obwohl nicht ausschließlich – in den Kulturvereinen äußert und manchmal unreife Formen annimmt. Hierher gehört auch, daß die Arbeiter rege und wahrnehmbar auf die antisowjetischen verleumderischen Artikel der Népszava reagieren, und durch die zentristischen oder liquidatorischen Organe sogar gezwungen sind, für die Russen, wenn auch nur in kultureller Hinsicht, Stellung zu nehmen.

6. Dieser Stimmung entspricht der fortwährend wachsende aktive Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Bürokratie (AMSZ [25], die Schlosser, MÉMOSZ). Diese Bewegungen haben aber:

a) noch keine politische Richtung, nicht einmal ein Gewerkschaftsprogramm, auch keine wirtschaftlichen Forderungen. Der Kampf richtet sich fast ausschließlich gegen die Bürokratie. Instinktive Reaktion gegenüber Vorbereitung der Grundlagen der Faschisierung durch die Bürokratie. Neben der Feststellung solcher Schranken der instinktiven Bewegung ist aber zu konstatieren, daß sich die Bewegung der Schlosser von Anfang an auf höherem Klassenkampfniveau bewegte, als zur gleichen Zeit die der Dreher, und daß sich dieses Niveau mit der Entfaltung der Bewegung – unter Wirkung der KMP – fortwährend erhöhte. Der Auftritt der MÉMOSZ-Opposition war jedoch, trotz der

Schwankungen, von Anfang an klassenbewußter als das Handeln der Schlosser. Im Falle des AMSZ (übermäßiges Vorrücken in nebensächlicher Linie, das Fehlen der Kooperation mit den anderen Kulturvereinen, später, ungeordneter Rückzug und Kompromiß) zeigten sich jedoch die Grenzen solcher instinktiver Bewegung.

b) Diese instinktiven Bewegungen sind voneinander unabhängig, kooperieren nicht, suchen sogar in den meisten Fällen nicht einmal nach einer Verbindung.

c) Der Allgemeine Arbeiterbund strebt unter der Fahne der syndikalistischen Ideologie danach, eine Organisation zu schaffen (hauptsächlich die im Jahre 1925 ausgeschlossenen Schuhmacher). Der syndikalistischen Ideologie, die zum Apolitismus und dadurch bei den heutigen ungarischen Verhältnissen leicht zum Faschismus führt, gibt der tiefen Abscheu vor der Sozi-Bürokratie gewissen Boden.

7. Die Parteiführung und die Gewerkschaftsbürokratie setzen ihre spalterische Politik fort. Man kann aber feststellen, daß sich teilweise unter der Wirkung der allgemeinen Schwächung der Gewerkschaften, teilweise infolge des wachsenden Widerstandes der Arbeiter zeitweiligen Schwankungen, Ungewißheiten zeigen. Das äußert sich besonders in dem MÉMOSZ-Fall, aber war auch im Falle des AMSZ sichtbar, als der Gewerkschaftsrat für einen scharfen Auftritt, die Parteiführung für die Schlichtung des Konfliktes Standpunkt bezog. In etlichen Fällen versuchte es die Bürokratie mit lavierender Taktik, mit der Teilung der Opposition (Hackspachersche Metallarbeiter-Generalversammlung, Palotássche Scheinopposition in dem MÉMOSZ usw.). Ein Wanken zeigte sich auch im Migray-Fall, und darin, daß die Partei die ausgeschlossenen Schlosser in den Parteiorganisationen duldet. All dies ist nur das Zeichen der zeitweiligen Schwachheit. Wenn die den großen Skandale folgende Empörung sich legte und die Oppositionsbewegungen sich beruhigten, würde die Bürokratie die Politik der »starken Hand« wieder aufnehmen.

8. Diese Politik der Bürokratie wird im größten Maße durch die offene Fahnenaufpflanzung des Zentrismus erleichtert, ja möglich gemacht. Die Broschüre von Jenő Kis ist in vieler Hinsicht ein sehr wichtiges Zeichen. Die soziale Grundlage des ungarischen Austromarxismus leitet sich daraus ab, daß:

a) die Unzufriedenheit im Kreise der Arbeiterschaft gegenüber der Politik der Bürokratie ständig wächst,

b) daß diese Unzufriedenheit noch nicht bewußt genug dafür ist, den Arbeitern den prinzipiellen Bruch mit der Sozialdemokratie als unvermeidlich erscheinen zu lassen,

c) daß sich zahlreiche linksgerichtete Arbeiter vor der Illegalität, vor

den mit dem Anschluß an die illegale KMP verbundenen Gefahren fürchten, und daß sie illusionistisch glauben, in legalen Oppositionen ihre Prinzipien zur Geltung bringen zu können. Der programmatische Widerschein dieser Illusion ist,

d) die Losung des ungarischen Zentrismus »Wien kontra Moskau«. In dieser Losung komprimiert sich die Illusion, daß der Sozialismus oder auch die bürgerliche Demokratie in Ungarn ohne Revolution zu verwirklichen sei. Die Funktion des Zentrismus besteht unter solchen Umständen darin, die Unzufriedenheit der Arbeitermassen abzureauigieren, die unzufriedenen Arbeiter in der Sozi-Partei zu halten. Jenő Kis ist ebenso Peyers Reserve wie Peyer Bethlens. Diese Prinzipienlosigkeit der zentristischen Opposition äußert sich in der ganzen Methode der Kritik der Parteiführung. (Sie erkennt, daß der Peyersche Kampf gegen den Bolschewismus bei den Arbeitern Mißfallen erregt, also empfiehlt sie »feinere« Methoden; dem Verrat an Bauern und Landarbeitern widmet sie keine Losung, sondern beanstandet das Agrarprogramm der Partei, mit der Unterstützung der Revisions-Außenpolitik kämpft sie nur dagegen, daß solcher »Anschein« zustande kommt, oder sie stellt die jugoslawische Orientierung der englisch-italienischen Orientierung gegenüber; in der Agitation fordert sie marxistische Terminologie, nur Terminologie, keinen Inhalt usw.) In der Praxis zeigte die zentristische Opposition schon in mehreren Fällen, daß sie wirklich diese Funktion ausfüllt. Auf die Wirkung des Zentrismus kann die in dem MÉMOSZ ausgebildete Pseudo-Opposition zurückgeführt werden, die die Herausbildung einer ernststen Oppositionsbewegung in großem Maße behindert.

Ebenfalls machten es die Autromarxistenführer (Kis und Halász) als Mitglieder der Untersuchungskommission möglich, daß die Peyermónus-Gesellschaft im Falle des Migray-Skandals glimpflich davonkam.

9. Da es den Anhängern von Kis bis jetzt gelungen ist, innerhalb der Sozi-Opposition von außen gesehen die Führung zu halten, war diese Opposition nicht fähig, auf die sich entfaltenden linksgerichtete Bewegungen Einflüsse auszuüben. Die innerhalb der Soziopposition wirkenden zahlreichen, wahrhaft linksgerichteten Arbeiter wichen vor dem Zentrismus zurück und überließen die Führung Jenő Kis und seinen Leuten. Infolgedessen konnte die Oppositionsbewegung bisher weder ein Programm aufstellen, noch sich den Charakter einer das ganze Land betreffenden Bewegung verschaffen. Durch das Legalitätsmonopol der Sozi-Partei und die Illegalität der Propaganda der KMP ist die Sozi-Opposition notwendigerweise legales Zentrum, Sammelort der unzufriedenen linksgerichteten Arbeiter. Den aus dieser Lage



resultierenden Aufgaben ist die Opposition bisher nicht gerecht geworden.

10. Die Lage der MSZMP blieb im wesentlichen unverändert. Nur stellenweise lebte sie etwas auf. Einzelne ländliche Organisationen wirken trotz der behördlichen Verfolgung und der fast völligen Illegalität noch immer. Dennoch war insgesamt die MSZMP bis jetzt noch nicht fähig, auch nur einen Teil der linksgerichteten Arbeiter zu sammeln und zu vereinigen.

11. Aus alledem ist feststellbar, daß die Analyse des Plenums mit Bezug auf das Fehlen der Herausbildung der linksgerichteten Arbeiterfront richtig war, obwohl es in der Zeit nach dem Plenum große, bedeutende Ereignisse, ernste Oppositions-Bewegungen in der Arbeiterbewegung gab. Das in den Massen wahrnehmbare Murren und die Bewegung kommt aus der Tiefe heraus und bringt breitere Massen in Bewegung als in den Jahren 1924-25. Aber davon gelangt heute weniger an die politische Oberfläche als damals; die Bewegung ist sowohl organisatorisch als auch programmatisch heute weniger einheitlich als die Bewegung von 1924-25; deshalb ist sie allgemein gesagt instinktiver; ihr ideologisches Niveau ist niedriger. Die kommunistische Führung ist heute noch weniger gesichert, obwohl ihre organisatorischen Garantien viel parteimäßiger, systematischer und im Falle ihres völligen Ausbaus fester und haltbarer werden als die der Bewegung von 1925.

Daraus ergeben sich die folgenden Gefahren:

a) Die gefühlsmäßig richtige Verteidigung gegen die Faschisierung bleibt auf dem Niveau des Instinkts. Der Kampf gegen die Bürokratie beläßt es bei der Forderung nach Demokratie innerhalb des Berufsstandes.

Die Oppositionsbewegungen gehen auch in ihren wirtschaftlichen Forderungen kaum über die der Gewerkschaften hinaus; sie machen keineswegs den instinktiven Kampf gegen den Faschismus als politischen Kampf bewußt. Solcherweise können sie natürlich nicht gebührende Anziehungskraft auf die außerhalb der Gewerkschaften stehenden breiten Arbeitermassen ausüben. Die gegen den Willen der Gewerkschaften ausbrechenden Betriebsstreiks, welche ebenfalls eine instinktive Verteidigung gegen die sich vorbereitende Faschisierung, gegen die Wegnahme des Streikrechtes, gegen die obligatorische Schlichtungs-Gerichtsbarkeit bedeuten, bleiben ebenfalls bloß instinktiv, werden nicht politisch. Deshalb sehen die Arbeitermassen den Zusammenhang mit den großen politischen Fragen, mit der Faschisierung nicht. Dasselbe gilt auch für den Kampf gegen die Streikbrecher. Die Arbeiterschaft führt einen Kampf im Berufs-, Orts- und Betriebs-

maßstab gegen die die Grundlagen der Faschisierung vorbereitende Bürokratie; sie bringt es infolge der Instinktmäßigkeit nicht zu dem Bewußtsein, daß sie eigentlich schon gegen die Faschisierung selbst kämpft, und deshalb kann sie die richtigen Methoden dieses Kampfes nicht finden.

b) Damit hängt die aktuellste Gefahr der ungarischen Arbeiterbewegung zusammen: die Zerstückelung in kleine, manchmal sektenartige Organisationen, die miteinander keine Verbindungen haben. Diese Zerstückelung kann Entpolitisierung mit sich bringen und, wie jede Depolitisierung, mit ideologischer Annäherung an den Faschismus verbunden sein (Allgemeiner Arbeiterbund). Diese Zerstückelung, dieses Fehlen einer zusammenhängenden, durch programmatische Einheit zusammengefaßten linksgerichteten Arbeiterfront bedeutet heute schon deshalb eine besondere Gefahr, weil die sich zur Faschisierung neigende Politik der Bürokratie nach den heutigen Verhältnissen entweder – was weniger wahrscheinlich ist – in der Form von Zwangsorganisation verwirklicht wird, wie das ein Teil der Metallarbeiterbürokratie wünscht, oder in der Form der obligatorischen Schlichtungsgerichtsbarkeit. Diese Politik ist auch dann zu verwirklichen, wenn hinter der Bürokratie nur sehr kleine Organisationen, selbst nur Rahmenorganisationen stehen (freilich im Besitz von Vermögen, des Vereinshauses usw.), vorausgesetzt, daß die oppositionellen klassenkämpferischen Bewegungen nicht Organisationen schaffen können, die mit Hilfe ihres klassenkämpferischen Auftritts in der Lage sind, ernststen Einfluß auf die großen Massen der zur Zeit unorganisierten Arbeiter auszuüben.

#### IV. Die Tätigkeit der KMP seit dem Plenum

1. Die politische Perspektive und die Linie der Thesen des Plenums erwiesen sich als richtig. Die allgemeine politische Situation wie auch die Entwicklung der Arbeiterbewegung bewegten sich in die dort konzipierte Richtung. Die Plenum-Thesen gaben der Partei die Möglichkeit, auf die in ihnen hervorgehobenen Tendenzen – im großen und ganzen – richtig reagieren zu können. Dennoch hatte die Partei in der gegenwärtig wichtigsten Frage der Arbeiterbewegung: der Herausbildung einer linksgerichteten Arbeiterfront nur sehr schwache Erfolge erzielt.

2. Die schnelle Entfaltung dieser Tendenzen im Herbst zwang die Partei in den Fragen der MÉMOSZ und der ungarischen Schlosser zu einer entscheidenden Stellungnahme. Die Partei hatte die so notwendige gewordene Wendung in der Gewerkschaftstaktik, auf einem unter den gegenwärtigen Verhältnissen lebenswichtigen Arbeitsgebiet also,

schnell und im wesentlichen richtig vollzogen.

3. Die wichtigsten Erfolge der Tätigkeit der Partei in der vergangenen Periode:

a) Die Herausbildung einer parteilichen Führung. Durch die Verstärkung der parteigemäßen Arbeit der oberen und unteren Organe wuchs die politische Aktionsfähigkeit der Partei, obwohl sie noch immer nicht im Interesse einer als richtig erkannten Aktion sofort in der Lage wäre, alle Parteimitglieder organisiert in den Kampf zu führen.

b) Die wachsende Parteilichkeit bringt auch eine Verbesserung der konspirativen Methode, damit einen Rückgang der Verhaftungen wie eine größere Unwirksamkeit der erfolgten Verhaftungen mit sich. Die politische Konsequenz dieser Tatsachen ist eine Vernichtung des Liquidarentums innerhalb der Partei, wenn man darunter jene Formen des Liquidarentums versteht, die sich während der Krise 1927–1928 breitgemacht hatten. Die Konsequenz dieser Tatsachen ist jedoch ein wachsender Einfluß und ein erfolgreicher Kampf der Partei bei der Vernichtung des Liquidarentums außerhalb der Partei. Daraus folgt, daß es der Partei, wenn auch nur langsam, jedoch in wachsendem Maße gelingt, die Angst der linksgerichteten Arbeiter gegenüber der illegalen Kommunistischen Partei zu bekämpfen. (Heute geschieht es oft, daß linksgerichtete Arbeiter die Partei aufsuchen, einmal, um sich mit ihr zu vereinen, zum anderen, weil sie fühlen, daß sie auch als Parteiose nicht ohne enge Verbindung zur Partei wirksam arbeiten können.) Diese Furcht ist das Haupthindernis für die Herausbildung einer einheitlichen linksgerichteten Arbeiterpartei, weil sie den besten Teil der linksgerichteten Arbeiterelemente daran hindert, parteilich, d. h. unter Parteidisziplin, organisiert und planmäßig an allen betrieblichen, fachlichen und politischen Bewegungen teilnehmen zu können.

c) Der Streik in Salgótarján [26] bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Entwicklung der Partei. Dies war der erste größer angelegte Streik, der unter Führung von Kommunisten, nach den Anweisungen der KMP und trotz des Widerstandes der Bürokratie ausgebrochen war und durchgeführt wurde. So viele Fehler und Schwankungen sich auch in der Führung offenbarten (besonders der streikbrechenden Bürokratie gegenüber), muß dieser Bewegung dennoch ein Erfolg bescheinigt werden, und dies um so mehr, weil die Ausdehnung des Streiks von Salgótarján auf das ganze Land ein Erfolg der Aktion einer von Kommunisten angeregten, andere Bergwerke bereisenden Delegation war.

Die günstige Wirkung des Streiks offenbarte sich im harten Widerstand, den die Bergarbeiter, insbesondere die von Tarján und Tata, bei

dem Abbruch des Streiks von Pilisvörösvár auf der Landeskongress an den Tag gelegt hatten.

d) Der Einfluß der Partei auf die ausgeschiedenen Schlosser wächst ständig, was sich besonders im wachsenden klassenkämpferischen Geist unserer Flugblätter offenbart. Die Arbeit der unter den Schlossern und Drehern entstehenden Fraktion bereitet den Boden zur Schaffung eines klassenkämpferisch orientierten Metallarbeiterverbandes vor.

e) Herausbildung einer klassenkämpferischen MÉMOSZ-Opposition, die hier um so mehr als Erfolg zu verbuchen ist, weil eine bei der Herausbildung dieser Opposition einzukalkulierende zentralistische Pseudo-Opposition bekämpft wurde (Palotás [27]) – wie auch verhindert werden mußte, daß die Bürokratie durch schnell ergriffene Maßnahmen die Führer der Bewegung von den oppositionellen Massen isolieren kann.

f) Die wachsende Wirkung der Kommunisten auf die breiten Arbeitermassen und überhaupt eine Ausdehnung der politischen Wirkung der Partei, obwohl es ihr weder auf der gewerkschaftlichen noch auf der politischen Ebene gelang, die linksgerichteten Arbeitermassen in eine einheitliche ideologische, noch weniger in eine organisatorische Einheit zusammenzufassen und unter ihrer Führung zu vereinigen.

4. Die Ursachen der mangelhaften Massenarbeit der Partei

a) Organisatorisch: Die Schwächen der Zellen, Mangel ihres Einflusses in den Betrieben, eine Fehlbildung der Fraktionen (MÉMOSZ), die planlose, uneinheitliche Arbeit der Fraktionen (Sozialdemokratische Opposition, Kulturorganisationen).

b) Mangel an Funktionären, deren niedriges Niveau, ihre politische Unerfahrenheit im allgemeinen und ihre Unerfahrenheit bei der Kombination der legalen und illegalen Arbeit, die eine der Hauptursachen für die Unfähigkeit der Zellen ist, in den Betrieben entsprechenden Einfluß zu gewinnen.

c) Die richtigen Analysen und Losungen der Partei gelangen oft nur verspätet oder nicht wirkungsvoll genug zu den Parteimitgliedern und durch sie an die Massen.

d) Bei der unteren Führung auftretende Schwankungen, besonders bei der Metallkampagne [28].

e) Die ungenügenden und unregelmäßigen Beziehungen zur Jungarbeiterbewegung. Obwohl hier seit dem Plenum entschiedene Besserungen eingetreten sind, ist die sich bei Aktionen offenbarende Verbindung noch immer unbefriedigend und zu schwach.

f) Das völlige Fehlen der Frauenarbeit, was besonders die Einflußlosigkeit auf die Textilstreiks verursacht.

5. Diese organisatorischen Ursachen erschöpfen jedoch noch keineswegs die Situation. Die noch immer vorhandene Schere zwischen dem politischen Einfluß der Partei und seiner organisatorischen Nutzung, der organisatorischen Konsolidierung und damit auch der Aktionsfähigkeit der Partei hat auch politische Ursachen. Von diesen sind die wichtigsten:

a) Die Partei zeigt ihr Gesicht noch nicht im richtigen Maße, auch dann nicht, wenn sie selbst eine Aktion anregt und führt. Dies birgt ohne Zweifel Schwierigkeiten und Gefahren in sich; die illegalen Erfahrungen anderer Länder zeigen jedoch, daß das Problem nicht unlösbar ist. Die Menschen müssen zur Konspiration angeleitet werden, und es darf nicht nur Konspirationspolitik gemacht werden. Wenn die Zellen um sich solche Menschen gruppieren, die mit ihnen sympathisieren, wenn sie fähig sind, diese Menschen für ihre Aktionen zu mobilisieren – dann zieht ein offenes Auftreten der Partei nicht mehr die Gefahr einer Verhaftung nach sich. Aber bei der Verstärkung dieser Aktionen darf die Partei der Furcht vor diesem offenen Auftreten, das die unteren Organisationen in übertriebener Weise noch von einer überholten Entwicklungsperiode her haben, keine Zugeständnisse machen. Nur in diesem Fall können die richtigen Aktionen der Partei ein wirklich ernstes Massenecho und eine Wirkung auf die fernerstehenden Arbeiterschichten ausüben.

b) Die Partei war nicht immer fähig, in ihrer Agitation und Propaganda die zentralen strategischen Losungen der Plenum-Thesen in die aktuellen Tagesfragen einzubeziehen und somit die spontan oder durch die Partei ausgelösten Kämpfe zum bewußten Teil einer zu bildenden linksgerichteten Arbeiterfront zu machen.

c) Die Partei war unfähig, einen Teil ihrer strategischen Losungen (Kampf gegen den Krieg, Kampf »um demokratische Forderungen«) in entsprechendem Maße in die Massen hineinzutragen.

d) Bei der Anwendung der Thesen des Plenums und der Herausbildung der Parteilinie zeigten sich in der zentralen Führung (Julius, Robert) [29] wie auch unter den Parteimitgliedern Rechtsabweichungen, die die Partei oft nicht schnell oder nicht entschlossen genug auf die Ereignisse reagieren ließen. Diese Rechtsabweichungen kommen oft nur als resignative Stimmungen vor, deren Ursache jenes Gefühl der unter schweren Bedingungen tätigen Parteiarbeiter ist, daß ihr Aufwand und ihre Organisationskraft in keinem Verhältnis zu den vor ihnen liegenden Aufgaben stehen. Vor diesen Tatsachen darf man die Augen jedoch nicht verschließen; denn im Grunde steht hinter jeder Rechtsabweichung das Gefühl einer solchen Diskrepanz zwischen Kräften und Aufgaben. Hinter den meisten Rechtsabweichungen steht

eine solche Ideologie der Schwäche, ein Abweichen von den konkreten kämpferischen Aufgaben. Natürlich muß dieses Problem differenziert beurteilt – und gegen solche Rechtsabweichungen in unterschiedlicher Weise vorgegangen werden, je nachdem, ob sie sich auf niederem oder höherem Niveau, in ein System gefaßt oder in isolierten Stellungnahmen zeigen. Im allgemeinen tauchen diese Rechtsabweichungen und Stimmungen von verschiedenen Seiten unorganisiert auf und bilden keine Fraktion. Sie hängen jedoch objektiv zusammen, indem sie die Fehleinschätzung der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen ungarischen Situation repräsentieren, dadurch die Lösung der aktuellen und entscheidenden Fragen der Partei hindern und eine klare theoretische Stellungnahme der Partei verzögern.

6. Die wichtigsten solcher Rechtsabweichungen sind folgende:

a) Der Standpunkt des Genossen Julius und seine Einschätzung des Bethlen-Regimes und der Sozialdemokratie (vgl. seine vor dem Länderssekretariat der Kommunistischen Internationale gehaltene Rede in der Beilage der Thesen). Genosse Julius bringt darin zum Ausdruck, daß er mit der in den letzten Jahren betriebenen Politik der KMP ganz und gar nicht einverstanden ist. Seine Stellungnahme bildet ein zusammenhängendes rechtsgerichtetes System. Er leugnet den faschistischen Charakter des Bethlen-Regimes, leugnet das Hineinwachsen der Sozialdemokratischen Partei in den Bethlenschen Faschismus und bewertet die Sozialdemokratische Partei als eine oppositionelle, um demokratische Reformen kämpfende Partei. Wenn dies wahr wäre, müßte die KMP offensichtlich ihre gesamte Politik revidieren.

In Wirklichkeit würde die »Analyse« von Genosse Julius jene praktische Konsequenz haben, daß der Partei keine andere Tätigkeit übrigbliebe, als die oppositionelle Sozialdemokratische Partei im Kampf um demokratische Reformen zu unterstützen und höchstens nach links zu verschieben. Für die KMP bliebe als selbständige Aufgabe nichts anderes übrig als eine rein theoretische Propaganda der Diktatur des Proletariats. Die Plattform von Genosse Julius, abgesehen von der völligen Irrigkeit seiner Analyse, würde nur dazu dienen, die Partei in unmittelbarer Nähe dem Sturz einer Diktatur folgende Verhältnisse, nämlich auf das Niveau einer reinen Propagandagruppe, zurückzusetzen. Dieser Standpunkt, der sich den (ungarischen) abweichenden Verhältnissen entsprechend dem Standpunkt anderer internationaler Rechtsgruppen angleicht, drückt im wesentlichen ein Zurückschrecken vor der Lösung der schweren aktuellen Aufgaben, die der Partei bevorstehen, aus.

b) Der Standpunkt von Genosse Robert (vgl. seine drei Artikel in der Beilage der Thesen) trägt noch mehr den Stempel einer Ideologie der Schwäche. Genosse Robert sieht die herannahende Faschisierung und



den ständigen Rückgang der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, aber er begreift nichts von den konkreten Umständen dieser Entwicklung. Deshalb identifiziert er mechanisch den Tiefstand der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften mit dem Tiefstand der Arbeiterbewegung. In der Unorganisiertheit der Arbeitermassen sieht er nur Zeichen eines Zerfalls der Bewegung und in den spontanen Bewegungen mechanisch nur ein Warten auf den Messias. Die Konsequenz dieser kurzsichtigen Einstellung, die der Radikalisierung der Massen und der Vielfältigkeit und Entwicklung dieser Radikalisierung gegenüber völlig blind ist, liegt darin, daß er den gegenwärtigen konkreten und grundsätzlichen Aufgaben der Partei ausweicht. Er kleidet dieses Ausweichen in das Gewand eines Scheinradikalismus. Er behauptet, daß die organisatorischen Thesen des Plenums im Gegensatz zu den politischen Thesen stehen, daß sich Linie und Perspektive des Plenums widersprechen. Dabei bemerkt er den notwendigen dialektischen Gegensatz nicht, der anlässlich jeder spontanen Bewegung zwischen Perspektive und Linie der Partei besteht: Die Partei arbeitet nämlich darauf hin, der spontanen Bewegung eine andere Richtung zu geben, als jene, in die diese Bewegung in ihrer bloßen Spontaneität fortschreiten würde. Darüber hinaus leugnet Genosse Robert die Bedeutung einer sich spontan zeigenden Linksverschiebung für die verschiedensten Bereiche (Kultur, Sozialdemokratische Opposition etc.). Er versucht, die Arbeit der Partei ausschließlich auf die Betriebszellenarbeit zu reduzieren, mit der Begründung, daß man nur dadurch, »auf der Linie des stärksten Widerstandes«, die Massen erreichen kann. Wenn wir jedoch den Kampf gegen den Zentralismus meiden, wenn wir die Rückentwicklung der Gewerkschaften mit dem Zerfall der Arbeiterbewegung identifizieren, wenn wir, demzufolge, die Faschisierung als unvermeidlich hinstellen, gegen die sich die Arbeiterschaft nicht einmal wehrt, ja die sie sogar nicht einmal erkennt – wenn wir also die Linksverschiebung der Arbeiterschaft nicht erkennen, ja, nicht erkennen, daß die Arbeiterschaft bereits jetzt, wenn auch nur spontan, dennoch gegen die Vorbereitungen der Faschisierung kämpft – was würde dann für die Betriebszellenarbeit als Betätigungsfeld übrigbleiben? Die von der Fraktionsarbeit isolierten, des politischen Inhalts beraubten Betriebszellen würden eine Rückentwicklung hinter die in den letzten Jahren erreichte Entwicklungsstufe der Partei bedeuten. Die Betriebszellen würden nur noch formal, ohne jegliche Aktionsmöglichkeit, ohne die Möglichkeit einer Politisierung existieren. Gerade jetzt hat die KMP die Aufgabe, an allen Fronten der Arbeiterbewegung, überall, wo Massen vorhanden sind, mit Hilfe der zentralen Stellung der Betriebszellen ihre Arbeit im Interesse der Herausbildung einer linksgerichteten

Arbeiterbewegung unter ihrer Führung fortzusetzen. Auch hinter diesem Standpunkt von Genosse Robert steht also eine Ideologie der Schwäche. Er beseitigt die Kluft zwischen dem politischen Einfluß und der organisatorischen Stärke derart, daß er den politischen Einfluß der Partei aufhebt.

c) Eine Unterschätzung des Zentralismus und eine schwankende und unentschlossene Haltung den Zentralisten gegenüber. Eine solche Haltung hatte sich auch im Kreise der in Ungarn arbeitenden Parteiarbeiter verbreitet. (Dies ist ebenfalls ein Teil des Systems des Genossen Robert.) Sie tritt in verschiedenen Formen, ja sogar in ganz gegensätzlicher Weise auf – zum Teil in der Weise, daß die Sozialdemokratie bereits keinen Einfluß mehr auf die Massen ausüben kann, daß unser siegreicher Kampf gegen die Sozialdemokratie nur durch polizeiliche Verfolgung behindert wird, daß hinter Jenő Kis niemand steht usw. Zum Teil aus Furcht davor, daß die in illegaler Opposition arbeitenden Kommunisten den kommunistischen Charakter der klassenkämpferischen Opposition viel zu sehr bloßstellen würden, wenn sie den ideologischen Kampf gegen den Zentralismus in scharfer Form aufnehmen. Beide Auffassungen repräsentieren Rechtsabweichungen, oder doch eine Tendenz, die, wenn sie bewußter wird, zur Rechtsabweichung werden kann, weil sie den jetzigen konkreten Aufgaben der Partei ausweichen. Der Zentralismus ist eins jener Mittel der Sozialdemokratie, mit deren Hilfe sie die nach links strebenden, noch nicht bewußten Massen von der kommunistischen Partei oder doch von ihrem Einfluß fernhält. Die Kommunisten müssen also, wenn sie die linksgerichtete Arbeiterschaft unter ihre Führung bekommen wollen, den Kampf auf der ganzen Linie gegen die zentralistische Ideologie aufnehmen. Es genügt nicht, wenn sie in konkreten Fällen beweisen, daß die Zentralisten Peyer [30] und Konsorten dienen, sondern sie müssen bestrebt sein, die ganze zentralistische Ideologie vor den Arbeitern als Haupthindernis des Klassenkampfes bloßzustellen und sie den Arbeitern aus dem Kopf zu schlagen. Unkenntnis des Zentralismus, als unseres gefährlichsten Feindes, oder dessen Unterschätzung können in Ungarn genauso wie in der gesamten internationalen Bewegung eine ernste Rechtsabweichung bedeuten.

d) Ebenfalls rechtsgerichtete Stimmungen und nicht nur Ungeschick und Unerfahrenheit sind hinter dem Zurückschrecken vor der Kombination der illegalen und legalen Arbeit, hinter dem Verstecken in der Illegalität, hinter der Angst vor einem Sich-Zeigen, ja, einem offenen Auftreten der Partei verborgen. Dadurch, daß die Partei einer Periode reiner Propaganda bereits entwachsen ist und sich in den Plenum-Thesen die Aufgabe gestellt hatte, selbständig, ohne Vermittlung von

Tarnorganisationen Aktionen durchzuführen, ist eine Wendung in der ganzen Taktik der Partei eingetreten, die sich auf die Haltung eines jeden Parteimitgliedes tief auswirkt. Ein Teil der Mitglieder, die noch nicht fähig waren, alle taktischen und organisatorischen Konsequenzen aus dieser Wendung zu ziehen, die also noch nicht verstanden hatten, daß die Sicherheit kommunistischer Grundorganisationen um so größer ist, je breiter sie einen Ring aus wirklich und wirksam mit ihr Sympathisierenden um sich ziehen, schrecken davor zurück, daß die Partei bei den Aktionen ihr Gesicht zeigt; sie bangen um die Entdeckung der Organisationen. Zwei Typen des Zurückschreckens vor den konkreten Aufgaben der Partei verdichten sich damit zu einer rechten Haltung: Ein Teil der Mitglieder versteht es nicht, die Zelle oder die Fraktion mit dem breiten Ring der mit ihr Sympathisierenden zu umgeben, andererseits haben sie wegen des sich daraus ergebenden Schwächegefühls Angst vor dem eigenen offenen Auftreten. Diese Haltung ist deshalb verwerflich, weil die Partei niemals auf breite, noch nicht erfaßte Massen wirken und zum Führer der ganzen linksgerichteten Arbeiterschaft werden kann, wenn diese Massen nur die Prinzipien der Kommunisten kennen, konkrete Aktionen der Partei jedoch nicht sehen.

e) Eine solche, sich aus der eigenen Schwäche ergebende, in ihren Konsequenzen schädliche Haltung offenbart sich auch darin, daß einzelne Mitglieder und Organisationen den konkreten Aufgaben derart ausweichen wollen, daß sie die von Parteiorganisationen durchzuführende Massenarbeit durch komplizierte Manöver und Umwege, durch Gründung von außerparteilichen Organisationen und durch an den Haaren herbeigezogene parallele Aktionen zu ersetzen versuchen. Die damit verbundene Hast und Richtungslosigkeit mindert das Ansehen der Partei nicht nur vor den Massen, sondern desorganisiert auch die Parteimitglieder.

Die Partei muß gegen jede Rechtstendenz und -haltung einen ideologischen Kampf führen. In diesem ideologischen Kampf müssen aber die sich größtenteils aus subjektiver Schwäche und Unerfahrenheit ergebenden Strömungen von den in einem theoretischen System zusammengefaßten, bewußten Rechtsabweichungen scharf unterschieden werden. Den ersteren gegenüber muß eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit gezeigt werden. Durch regelmäßige Arbeit muß versucht werden, die organisatorischen Schwächen auszumerzen, die größtenteils die Grundlagen solcher Haltung sind. Aber es muß vor den Genossen auch offen klargestellt werden, daß ohne die Bekämpfung solcher Haltung die organisatorischen Schwächen nicht auszumerzen sind. Gegen die in einem System zusammengefaßten Rechtsabwei-

chungen muß die Partei dagegen scharf und entschlossen den ideologischen Kampf aufnehmen. Diese Abweichungen müssen von der Wurzel her aus der Partei ausgerottet werden – gerade deshalb, weil diese Abweichungen sich auf die entscheidend wichtigen strategischen Fragen der Partei beziehen und jene objektiven wirtschaftlichen und politischen Bedingungen vor den Parteimitgliedern verdunkeln, die die Strategie der Partei bestimmen. Dadurch machen es diese Abweichungen unmöglich, daß die Parteimitglieder die politische Richtlinie der Partei verstehen und richtig anwenden.

#### v. Die Hauptprobleme der gegenwärtigen Situation

1. Die Folgen einer Umgruppierung innerhalb des ungarischen politischen Lebens und der außenpolitischen Schlappe des Bethlen-Regimes zeigen sich in drei Hauptrichtungen, die miteinander eng zusammenhängen und verschiedene Momente desselben Prozesses sind. Die Partei muß also darauf so reagieren, daß diese Einheit im Alltagskampf gesehen und für die Massen verständlich wird. Die Hauptprobleme sind:

- a) eine völlige Liquidierung der demokratischen Reformen, der bürgerlichen Demokratie, und zwar unter demokratischen Formen;
- b) ein planmäßiger Ausbau der Faschisierung, allen Anzeichen nach unter »westlichen« und nicht italienischen Formen, die nicht im Gegensatz zur Demokratie stehen;
- c) Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion; der Krieg als Schmied der nationalen Einheitsfront.

2. Damit ist das Verhältnis der Partei zu den demokratischen Reformen so scharf bezeichnet wie niemals zuvor. Die frühere Linie der Partei war in der Frage der Republik wie auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zum damals entstehenden Wahl-Block richtig. Richtig war auch die scharfe Zurückweisung der sich der Partei gegenüber zeigenden rechtsgerichteten Opposition (Julius). Die gegenwärtige Situation stellt die Frage jedoch schärfer und bedarf einer konkreteren Stellungnahme. Die KMP hatte bis jetzt richtig enthüllt, daß die Parteien der sog. demokratischen Reformen nicht einmal um die bürgerlich-demokratischen Reformen ernsthaft genug kämpfen. Die gegenwärtige Situation eröffnet jedoch die Möglichkeit, daß ein solcher Verrat der bürgerlichen Reformen, eine Verkleidung der faschisierten Staatsmaschine in ein demokratisches Gewand, die mit dem Konsensus aller bürgerlichen Parteien, damit auch der Sozialdemokratie geschieht, für die breiten Massen offensichtlich wird. Die Tatsachen zeigen immer klarer, daß heute in Ungarn die KMP die einzige Partei ist, die ernsthaft um die bürgerliche Demokratie kämpft. Dieser Kampf der Partei muß

zu einem Massenkampf ausgedehnt werden, dieser Kampf muß über den Kreis des Proletariats hinausführen. Die zentrale Losung dieses Kampfes, der sich auf den Sturz des ganzen Bethlen-Regimes richtet, lautet: Eine demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

#### A. Demokratische Diktatur

3. Das vom VI. Weltkongreß angenommene Programm [31] reiht Ungarn sehr richtig unter jene Staaten ein, in denen die Frage einer demokratischen Diktatur anläßlich des Übergangs zur Revolution des Proletariats eine entscheidende Rolle spielt. Die Partei muß also diese Frage mit allen möglichen Mitteln in erster Linie vor den Parteimitgliedern und dann vor den breitesten Arbeitermassen klarmachen. Bei der Klärung dieser Frage müssen folgende Momente beachtet werden:

a) Es muß unter den Arbeitern gegen den durch die Enttäuschung über die der Politik der Sozialdemokratischen Partei entstandenen Nihilismus in der Frage der bürgerlichen Demokratie vorgegangen werden. Die Auffassung des Marxismus: die bürgerliche Demokratie ist das tauglichste Kampffeld für das Proletariat – muß unter den Parteimitgliedern populär gemacht werden. Es sollte begriffen werden, daß das Zustandekommen eines solchen Kampffeldes ernster, revolutionärer Auseinandersetzungen bedarf. Die Erfahrungen der Revolution 1917 in Rußland und 1918/1919 in Ungarn müssen hierbei beachtet und populär gemacht werden. (Lenin sagte im Frühjahr 1917: »Rußland stellt die progressivste Demokratie der Welt dar.«)

b) Bereits im voraus muß man gegen jede Auffassung ankämpfen, die behauptet, daß eine demokratische Diktatur eine Regierungsform des Übergangs zwischen dem Bethlen-Regime und der Diktatur des Proletariats sei – sozusagen, daß gegenwärtig das Bethlen-Regime existiere, dann werden wir die demokratische Diktatur erkämpfen, und wenn wir diese ausgebaut und verwirklicht haben, dann wird erst die Zeit der Diktatur des Proletariats anbrechen. Die Formen einer demokratischen Diktatur können sehr verschieden sein. Anfang 1917 hatte Lenin [32] Kamenew gegenüber, der die Partei an die Form der demokratischen Diktatur von 1905 nageln wollte, betont, daß am Anfang der Revolution von 1917 die demokratische Diktatur unter ganz bestimmten Formen verwirklicht wurde: Eine dieser Formen war eine durch Arbeiter- und Soldatenräte gebildete Gegenregierung. Die demokratische Diktatur also, als eine vollkommene Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie, ist im strengen Sinne des Wortes ein Schlachtfeld, ein Feld des alles entscheidenden Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Freilich ist sie zugleich auch das wichtigste Mittel des

Kampfes, eine Möglichkeit, die breitesten Massen anzusprechen, sie zu spontaner revolutionärer Aktion anzuspornen und zu führen sowie die organisatorischen und ideologischen Formen zu lockern, durch deren Hilfe die Bourgeoisie unter »normalen Umständen« die breiten Massen des arbeitenden Volkes desorganisiert; die demokratische Diktatur ist eine Möglichkeit, jene organisatorischen Formen zu schaffen, durch deren Hilfe die breiten Massen der Arbeiter ihre Interessen der Bourgeoisie gegenüber zur Geltung bringen. Die demokratische Diktatur ist auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe prinzipiell mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht der Bourgeoisie unvereinbar, obwohl der ausdrückliche Klasseninhalt ihrer konkreten Zielsetzung und ihrer unmittelbar zu verwirklichenden Forderungen nicht über den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft hinausgeht, ja sogar die vollkommene Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie ist. (1793 stand die Verwirklichung einer vollständigen Demokratie noch in keinem prinzipiellen Gegensatz zur Macht des Kapitalismus, sie förderte diesen sogar.) Deshalb ist sowohl in der Kerenskyschen [33] als auch in der Károlyischen [34] Revolution mit Notwendigkeit die Situation eingetreten, daß die Bourgeoisie die »entwickelteste Demokratie«, die dem Ausbruch der Revolution folgte, kurzerhand abzubauen versuchte und danach strebte, die die Macht des Kapitalismus sichernde »normale Demokratie« so schnell wie möglich wiederherzustellen – jenen Zustand also, in dem der wiederhergestellte Staatsapparat, die gesellschaftlichen Organisationen, die wirtschaftliche Überlegenheit der Bourgeoisie usw. die Spontaneität der Massen wieder aufheben, in dem die Massen durch die Bourgeoisie und deren Agenten, in erster Linie durch die Sozialdemokratie, wieder desorganisiert werden. Die demokratische Diktatur ist also, obwohl sie in ihrem unmittelbaren, konkreten Inhalt nicht über die bürgerliche Gesellschaft hinausgeht, eine dialektische Übergangsform zur Revolution des Proletariats – oder zur Konterrevolution. Ein Stehenbleiben bei der demokratischen Diktatur, verstanden als eine festgelegte, in der »Verfassung fixierte« Entwicklungsperiode, würde notwendig den Sieg der Konterrevolution bedeuten. Die demokratische Diktatur kann deshalb nur als der konkrete Übergang, durch den die bürgerliche Revolution in die Revolution des Proletariats umschlägt, verstanden werden. »Es gibt keine chinesische Mauer zwischen bürgerlicher Revolution und der Revolution des Proletariats (Lenin).« [35]

c) Deshalb müssen den Parteimitgliedern die gegensätzlichen Funktionen der bürgerlichen Demokratie sehr genau verständlich gemacht werden. Es muß deutlich unterschieden werden, ob in dieser Demokratie die Bourgeoisie die politisch herrschende Klasse ist, oder ob sie – bei



Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ausbeutung – die Macht wenigstens zum Teil den breiten Massen der Arbeiter überläßt. Im ersten Fall ist eine Funktion der Demokratie, die arbeitenden Massen zu zerstreuen, irrezuführen und zu desorganisieren; im zweiten Fall, die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie zu untergraben, zu desorganisieren und die arbeitenden Massen zu selbständigem Handeln zu organisieren. Die Kommunisten müssen also im Hinblick auf den Wert oder die Wertlosigkeit der Demokratie die Frage so stellen: Die Macht welcher Klasse wird durch die Demokratie desorganisiert? Hat sie vom Standpunkt der Bourgeoisie her eine konsolidierende oder destruktive Wirkung? (Der »Kampf« der Sozialdemokratie um demokratische Reformen ging immer im Zeichen einer Konsolidierung im Interesse der Vorbeugung vor einer Revolution vorstatten.) Alle Losungen der demokratischen Diktatur müssen also von diesem Standpunkt aus, vom Standpunkt der Mobilisierung der Massen und der Desorganisation der Bourgeoisie, beurteilt werden. So z. B. die dann aktuell werdende proletarische Kontrolle der Produktion. Dabei dürfen nicht Illusionen dergestalt, daß diese Kontrolle auf die Produktion selbst irgendeine »konsolidierende« Wirkung haben könnte, gehegt werden. Die Entlarvung der Sabotage der Bourgeoisie, eventuell nur deren Unterbindung, ist lediglich als Kampf um die Macht, als ein Instrument zur Mobilisierung der Massen von einem gewissen Wert.

4. Wenn wir die demokratische Diktatur als eine konkrete strategische Lösung in der heutigen Zeit anwenden wollen, dann müssen wir uns darüber klar sein, was der Nachkriegsimperialismus in seiner jetzigen Periode (eine Feststellung des VI. Weltkongresses) bedeutet und welche Formen die Demokratie im Interesse der Konsolidierung der Macht der Bourgeoisie annimmt. Diese Frage wird in den breiten Massen der europäischen Arbeiter durch die Tatsache verwischt, daß die Demokratie in den meisten europäischen Ländern als ein Ergebnis der bürgerlichen Revolution zustande kam, daß die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen Jahrhunderte oder doch Jahrzehnte hindurch zusammen mit der Bourgeoisie um den Sturz des feudalen Absolutismus und um die Erringung einer bürgerlichen Demokratie gekämpft hatten. Deshalb erkennen die Massen die durch den Imperialismus entstandene völlig neue Situation nur schwer, obwohl gleichsam ein Schulbeispiel dieser Situation durch die Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika vor uns steht. Hier ist es der Bourgeoisie als der herrschenden Klasse (die die feudale Macht nicht mit Hilfe von Proletariern und halbproletarischen Massen vernichten mußte) gelungen, solche Formen der Demokratie zu schaffen, in denen alle Mög-

lichkeiten zur freien Entwicklung, zur Akkumulation und zur Ausdehnung des Kapitals gegeben sind und in denen die äußeren Formen einer Demokratie gewahrt bleiben, in denen aber die arbeitenden Massen auf die eigentliche politische Führung überhaupt keinen Einfluß nehmen können. Amerika ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein Ideal der gegenwärtig herrschenden Bourgeoisie. Die politische Entwicklung großer »abendländischer Demokratien« tendiert in den letzten Jahren immer mehr in die Richtung, eine solche Demokratie in den verschiedensten Abwandlungen zu schaffen. Die Illusionen in den Arbeitermassen, abgesehen von den bereits erwähnten revolutionären Überlieferungen, die besonders in Frankreich lebendig, aber auch in Deutschland wirksam sind, werden durch die Politik der Sozialdemokratie unterstützt. Die Sozialdemokratie, die ihre Kräfte während der unmittelbar auf die russische Revolution folgenden Zeit auf die Agitation gegen die Diktatur des Proletariats konzentrierte, ist bemüht, eine Demokratie nach amerikanischem Typ in allen Staaten Europas aufzurichten zu helfen. Diese Einstellung hat sehr ernste wirtschaftliche Ursachen – vom Standpunkt der Arbeiterbürokratie her. Der Nachkriegsimperialismus ist nämlich, besonders wegen der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges, jedoch auch wegen des erbitterten Wettbewerbs um den Weltmarkt, gezwungen, den gewerkschaftlichen Kampf vom Typ der Vorkriegszeit, in welcher Form auch immer, nicht mehr zu dulden: d. h. aber die Gewerkschaften zu faschisieren. Diese Faschisierung hat sehr verschiedene Ausdrucksformen. Den einen Typ hat Mussolini geschaffen, der mit Hilfe einer kleinbürgerlichen und mittelbäuerlichen Konterrevolution die alten Gewerkschaften zerschlug und an ihrer Stelle neue aufgebaut hat. Diese Lösung birgt für die Bourgeoisie wie auch für die Arbeiterbürokratie Gefahren in sich. Es kostet die Bourgeoisie große Anstrengungen, die kleinbürgerliche Konterrevolution zur Konsolidierung der Großbourgeoisie zu transformieren; ein Teil der Arbeiterbürokratie verliert seine Positionen in der Arbeiterbewegung (italienische Emigration); jener Teil jedoch, der sich dem faschistischen System anpaßt, stellt sich den Arbeitermassen in gefährlicher Weise entgegen. Bei dieser Lösung scheint sowohl vom Standpunkt der Großbourgeoisie als auch von dem der Arbeiterbürokratie jene Methode günstiger, reibungsloser und ungefährlicher zu sein, die in Deutschland durch das staatliche Schlichtungswesen bereits verwirklicht wurde, die in England durch ein Gewerkschaftsgesetz bereits zum Teil in Kraft trat und die zu krönen der »Mondismus« [36] berufen ist. Es ist klar, daß der Klasseninhalt beider Systeme, was das Proletariat angeht, der gleiche ist. Nur die Methoden sind verschieden. Dieser Unterschied in den

Methoden bedeutet freilich, daß in jedem faschistischen Staat andere Schichten die Gewalt ausüben, d. h. an dieser Gewalt in verschiedenem Maße beteiligt sind. Auf Grund dieser Situation wird verständlich, daß die gesamte internationale Sozialdemokratie heutzutage die Frage so stellt: Demokratie oder Faschismus? Durch diese Fragestellung verdeckt sie vor den Arbeitern die wirklichen Klassenziele der im gegenwärtigen Imperialismus möglichen Demokratie und unterstützt die Unterdrückung der Klassenkämpfe, die institutionelle Verhinderung der Lohnkämpfe, die Faschisierung der Gewerkschaften, das Hineinwachsen der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Bürokratie in den faschistischen Staatsapparat. (Die einen Krieg vorbereitenden Konsequenzen dieses ganzes Systems sind am klarsten in Paul Boncours [37] Gesetzesvorlage zur Mobilisierung zu erkennen, die eben auch auf amerikanische Muster zurückzuführen ist.) Also: wie es auch in der ersten Periode der Revolution des Proletariats eine Aufgabe ersten Ranges gewesen ist, die irrtümliche Fragestellung der Diktatur zu entlarven und zu zeigen, wie die wahre Fragestellung lautet: Diktatur der Bourgeoisie oder des Proletariats – so ist es jetzt eine primäre Aufgabe, die irreführende Frage: Demokratie oder Faschismus zu entlarven. Es muß gezeigt werden, daß die jetzt beginnende demokratische Entwicklung bei uns genauso wie in den »westlichen Demokratien« eine Gattung der Faschisierung ist, die – im Gegensatz zum italienischen Typ – auf der Zusammenarbeit der Großbourgeoisie und der Arbeiterbürokratie beruht. Darum muß der Losung: Demokratie oder Faschismus eine andere Losung: »Klasse gegen Klasse« entgegengestellt werden; ein Kampf um die den arbeitenden Schichten Bewegungsmöglichkeiten sichernden demokratischen Forderungen; der Kampf um demokratische Diktatur.

In der imperialistischen Nachkriegszeit erfährt auch die Rolle des Staates durch die Umwandlung der Produktionsordnung grundlegende Änderungen. Es entsteht eine enge Beziehung zwischen dem Staat und der kapitalistischen Produktion: und zwar einerseits als ein stets wachsender Einfluß des Staates auf die Möglichkeiten der kapitalistischen Produktion, der Kapitalanlage und der Kapitalakkumulation usw., andererseits ein stets wachsender Einfluß des Großkapitals (Bankkapital und die dadurch gelenkte Schwerindustrie) auf den Staat. Ein derartig enges Zusammenwachsen des Großkapitals und des Staates zeigte sich bereits auch in der Vorkriegsentwicklung. Die Entwicklung während des Krieges und nach dem Krieg hat diese Tendenz nur noch gesteigert. Die ständig wachsende Verschärfung des Klassenkampfes aber zwingt den Staat immer mehr dazu, sich institutionelle Sicherheiten zu schaffen. Die Desorganisation der Massen, ihre

Einflußlosigkeit im Staatsleben, das Verbot des Klassenkampfes der Arbeiterschaft durch gesetzliche Mittel sind nicht neu, doch sie zeigen sich jetzt in einem neuen Zusammenhang. Denn:

a) Das politische Gewicht und politische Niveau der Massen ist gegenwärtig höher als in früheren Entwicklungsperioden. Doch demgegenüber:

b) sind auch die dem Großkapital zur Verfügung stehenden Massenmedien (Presse usw.) viel stärker entwickelt und

c) ist es ein ganz neues Moment, daß derartige Tendenzen einer Einheit von Großkapital und Staat von der offiziellen Führungsschicht der Arbeiterklassen unterstützt werden. Auch hierbei dienen die Vereinigten Staaten als Modell. Demgegenüber sind jedoch in Europa grundsätzliche politische und wirtschaftliche Unterschiede vorhanden:

a) Die obere Schicht der Arbeiterklasse in Amerika (wie in den europäischen imperialistischen Staaten vor dem Krieg) kann durch die Akkumulation, den Kapitalexport, durch die Ausmaße und die schnelle Vermehrung der Extraprofite materiell befriedigt werden. Die europäische Basis einer solchen Entwicklung ist sehr schmal.

b) Die klassenkämpferischen Traditionen der europäischen Arbeiterschaft fehlen in Amerika.

c) In zahlreichen Staaten Europas wurde die Bourgeoisie nur durch die Nachkriegszeit zu einer politisch herrschenden Klasse (Deutschland), oder es fiel ihr ein größerer Teil der politischen Führung als früher zu (Ungarn). Deshalb hatte der Versuch, die politische Demokratie mit der tatsächlichen Einflußlosigkeit der Massen in Europa mit der institutionellen oder willkürlichen Unterdrückung des Klassenkampfes zu verbinden, nichts erreicht und wird das amerikanische Ideal auch nicht erreichen. Dies hindert die Bourgeoisie und die Arbeiterbürokratie jedoch nicht daran, dem amerikanischen Typ näherkommen zu wollen. Aber die Voraussetzungen müssen in Europa schwankender als die amerikanischen sein, und deshalb wird keine europäische Bourgeoisie die Möglichkeit des »klassischen« (italienischen) Typs des Faschismus völlig fallenlassen: sie wird auch diese Möglichkeit für den Fall einer Verschärfung des Klassenkampfes, einer Trennung der Massen von der Bourgeoisie stets bereithalten. Deshalb ist ein imperialistisch-kapitalistischer Staat von heute gleichermaßen bestrebt, die Massen politisch völlig einflußlos zu machen und staatlich (oder »gesellschaftlich« bei staatlicher Aufsicht) zusammenzufassen und zu organisieren. Die demokratische Form der Faschisierung ist die adäquateste, doch bei weitem nicht die einzige Form dieses doppelten Zieles.

5. Die ungarische Entwicklung unterscheidet sich also auf Grund

historischer und gesellschaftlicher Bedingungen vom italienischen wie auch vom englischen Typ. Die Niederlage der Revolution in Ungarn brachte kleinbürgerliche und mittelbäuerliche Schichten an die Macht. Diesen gelang es jedoch nicht, die gewerkschaftliche Bewegung zu zerschlagen oder zu desorganisieren; noch weniger gelang es ihnen, wie Mussolini, innerhalb der Arbeiterschaft Anhänger zu gewinnen. (Die Ursachen dieses Widerstandes sind weitgehend in der Niederschlagung der Revolution und in den demokratischen Illusionen der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie gegenüber zu suchen.) Eine die kleinbürgerliche und mittelbäuerliche Konterrevolution ablösende, deren Organe in den Staatsapparat einbauende Konsolidierung von Großgrundbesitzern und Kapitalisten hatte lange Zeit mit widersprüchlichen Methoden in dieser Frage operiert und operiert zum Teil heute noch so (sowohl Pakt mit den Sozialdemokraten als auch deren Unterstützung). Die Bethlen-Regierung führte in den letzten Jahren in schnellem Tempo den Umbau des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisation durch. Und dies wird eine Übernahme von »westlich-demokratischen« Methoden schon bald möglich machen (wobei es völlig egal ist, ob Bethlen oder ein anderer diese Übernahme durchführt wird). Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:

- a) Die Frage parlamentarischer Geschäftsordnung und die Notwendigkeit öffentlicher Nominierungen in den Bezirken der geheimen Wahlen. Dies würde dem Regime ermöglichen, ohne jede Gefahr die geheimen Wahlen auch auf die Provinz, ja sogar auf das Dorf auszu dehnen.
- b) Ein neues Pressegesetz, das durch die Höhe der Kautions- und das Prinzip der gesteigerten persönlichen Verantwortung jede oppositionelle Presse auf gesetzlichem Wege leicht verhindern oder die bereits entstandene zu jeder Zeit ebenfalls mit gesetzlichen Mitteln vernichten kann.
- c) Die Aufhebung der städtischen usw. Autonomie.
- d) Ein Oberhaus zur Sicherung der unbegrenzten Herrschaft des Großkapitals neben jeder Art von Parlament.
- e) Eine Regelung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts, die den gegenwärtigen Zustand, d. h. die völlige Abschaffung des Vereinigungs- und Versammlungsrechts für Arbeiter und Bauern, in gesetzlichem Rahmen unterstützt.
- f) Die Faschisierung des Landes.
- g) Faschistische Kulturpolitik. Schließlich als wichtigste:
- h) die Abschaffung des Streikrechts durch das staatliche Schlichtungswesen. Wenn dieses ganze Gebäude fest genug steht, so gibt es auch keine Hindernisse mehr, daß das Bethlen-Regime oder dessen liberaler

Nachfolger zum allgemeinen und geheimen Wahlrecht übergehen, alle außerordentlichen Gesetze und Verordnungen abbauen, sich also auf den Standpunkt der vollkommenen westlichen Demokratie umstellen kann. Ein legitimer König wäre dieser Demokratie eine wahre Krönung. Diese Demokratie wäre die gesellschaftliche Basis für die ungarische Konterrevolution, damit sie, England dienend, gegen die Sowjetunion in den Krieg zieht. Was eine solche demokratische Liquidierung der ganzen bürgerlichen Demokratie und aller bürgerlich-demokratischen Reformen angeht, so ist die Einheit von Bethlen bis Jenő Kis vollkommen. Der Widerstand kleinbürgerlicher Faschisten gegen diesen Block zählt nicht viel. Der begeisterteste Anhänger und Verkünder eines solchen Systems der Demokratie ist die Sozialdemokratische Partei. Mit der Verstärkung der kapitalistischen Produktion und der Konterrevolution, mit der Entfernung von der Revolution tritt also die ungarische Konterrevolution in die Periode der »westlichen Entwicklung« ein. Die KMP ist die einzige Partei, die dem Bethlen-Regime gegenüber den wahren Kampf um demokratische Reformen vertritt. 6. In diesem Kampf, der seinen Höhepunkt notwendig im Kampf um die demokratische Diktatur erreicht, muß die Partei ihre frühere Losung: die »Republik« [38], aufrechterhalten. So lange, wie der Ausdruck der ungestörten und reibungslosen Macht des Großgrundbesitzes und des Großkapitals die Bejahung der Krönung des legitimen Königs ist, so lange repräsentiert der Kampf um die Republik für die breiten Massen auch den Kampf um sämtliche Freiheitsrechte, um Vereinigungs-, Versammlungs-, ja um Streikrecht usw. Bei der Propagierung dieser Losung darf sich kein Kommunist durch die sog. republikanische Propaganda der Sozialdemokratie irreführen lassen. Im Gegenteil: Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Losung der Republik für die Sozialdemokraten nichts anderes bedeutet als eine Abschirmung des Legitimus, als eine Wachhund-Rolle den Faschisten der kleinbürgerlichen Albrecht-Partei gegenüber. Natürlich darf die Partei die republikanische Losung auch künftig nicht isoliert prägen. Die republikanische Losung kann nur als ein Kampf um die ganze Demokratie, um die Republik, an deren Spitze die Regierung der Bauern- und Arbeiterschaft steht, als ein Kampf gegen die demokratische Liquidierung der Demokratie, als eine Verwirklichung der Losung »Klasse gegen Klasse«, als eine Mobilisierung zum durchzuführenden Kampf um die demokratische Diktatur vorkommen. (Diese Stellungnahme hinsichtlich der Republik ist jedoch nur gültig, solange die Union des Großgrundbesitzes und des Großkapitals ein legitimes Königtum bejaht. Wenn sie dies – aus außenpolitischen Gründen – aufgibt und eine Republik der Bourgeoisie vom deutsch-österreichi-



schen Typ verwirklichen würde, dann müßte die KMP, ohne an ihrer strategischen Richtlinie etwas zu ändern, ihre taktischen Losungen revidieren.)

7. Dieser Kampf für die Arbeiter muß in engstem Zusammenhang mit den im strengsten Sinne verstandenen Arbeiterforderungen geführt werden. Es muß aufgezeigt werden, daß im Mittelpunkt des ganzen demokratisierten Faschismus eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiterschaft und die Liquidierung des Streikrechts stehen. Der Kampf um die demokratische Diktatur muß also in stetem Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Faschisierung und das staatliche Schlichtungswesen den Arbeitern eingehämmert werden. In diesem Kampf muß freilich auf die praktische Bedeutung aller demokratischen Freiheitsrechte (Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit usw.) für den täglichen Klassenkampf der Arbeiter hingewiesen, der Kampf um die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in den Betrieben aufgenommen (Vertrauenssystem, Betriebsausschuß), die Praxis des Regimes gegen jegliche Bewegung der Arbeiterschaft (Deportationen, die Rolle der Polizei, Streiks der Berg- und Landarbeiter usw.) entlarvt werden, mit einem Wort: Der Kampf um die bürgerlichen Freiheitsrechte muß mit den täglichen Bedürfnissen der Arbeiter verbunden werden. Gerade im Hinblick auf diese täglichen Fragen muß eine Entlarvung des sozialdemokratischen Verrats, der organischen Anpassung der Sozialdemokratie an den demokratisierten Faschismus, vorgenommen werden. So sehr aber auch gegen jeden Nihilismus gekämpft werden muß, der sich in den bürgerlichen Freiheitsrechten offenbart, so sehr muß immer der vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus relative Wert der Demokratie – in der bürgerlichen Gesellschaft, also auch in der demokratischen Diktatur – in den Vordergrund gestellt werden. »Zwischen Unterdrücker und Unterdrückten, zwischen Bourgeoisie und Proletariat kann es keine Gleichheit geben (Lenin).« [39] Die vollkommenste Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie beseitigt eine Ausbeutung der Arbeiterschaft noch lange nicht.

8. Die Eigentümlichkeit der ungarischen Entwicklung ist, daß die feudale Form der Verteilung des Grundbesitzes neben dem verhältnismäßig entwickelten und sich weiter entwickelnden Kapitalismus unverändert bleibt, daß sie sich sogar durch die Reform des Grundbesitzes eher verschlechtert als verbessert hat [40]. Obwohl sich einzelne Mitglieder der herrschenden Klassen, die sich über den Gentry-Provinzialismus erhoben, darüber klar sind, daß der gegenwärtige Zustand der Verteilung des Grundbesitzes den Keim einer Bauernrevolution in sich trägt, und, um dieser vorzubeugen, über die Möglichkeit

einer neuen Bodenreform reden, ist es objektiv unmöglich, daß sich die Verteilung des Grundbesitzes durch Reformen auch nur geringfügig ändert, da Grundbesitz und Großkapital immer enger zusammenwachsen. Die Mittelbauern und noch mehr die unteren Schichten der Bauern haben keine Parteien. Die städtischen kleinbürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie folgen auch in dieser Hinsicht vorbehaltlos dem Großkapital. Also auch hier bleibt die KMP die einzige Partei, die die konsequente Durchführung der Forderungen der bürgerlichen Revolution auf ihre Fahne schreibt: entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, revolutionäre Besetzung des Bodens, freier Boden für die Bauern! Ohne konsequente Propaganda, ohne entschlossenen Kampf im Interesse seiner Verwirklichung bleibt der Bund der Arbeiter und Bauern, die demokratische Diktatur, nur eine leere Phrase. Die KMP muß alles daran setzen, für dieses Programm immer breitere Schichten der Landarbeiter und der armen Bauern zu gewinnen. Sie muß deshalb auch die Schichten der Arbeiterschaft heranziehen, die ihre Beziehungen zum Lande noch nicht verloren haben. Sie muß durch den regelmäßigen und organisierten Aufbau der Beziehungen zu den Landarbeitern versuchen, in den unteren Schichten des Dorfes Wurzel zu schlagen. Im Interesse der Rückgewinnung des Vertrauens der Bauernschaft, die durch die Konterrevolution enttäuscht worden ist, muß die Partei eine schonungslose Selbstkritik der fehlgeschlagenen Agrarpolitik der Diktatur des Proletariats üben. Ohne alle Umschweife muß gesagt werden, daß die Partei ihren Standpunkt, den sie während der Diktatur eingenommen hatte, geändert hat. In der Partei muß jedem einzelnen klargemacht werden, daß es sich hierbei um eine entscheidende strategische Frage der Partei handelt: um die unvermeidliche Voraussetzung der Eroberung der Macht und der Befreiung des Proletariats. Es darf also nicht die Meinung aufkommen, daß dies »noch kein Sozialismus« ist, daß die Interessen der Aufrechterhaltung der Produktion und der Versorgung der Arbeiterschaft eine andere Politik brauchen usw. Alle Parteien müssen verstehen, daß es sich hier um eine grundlegende Frage des Übergangs von der bürgerlichen Revolution zur Revolution des Proletariats handelt, daß die Macht des Großgrundbesitzes und des Großkapitals in Ungarn nur durch eine solche Revolution vernichtet und die Überreste des Feudalismus nur durch die Beseitigung des Kapitalismus ausgerottet werden können.

B. Kampf gegen die Faschisierung der Gewerkschaften

9. In dem von der Arbeiterschaft gegen die Faschisierung ausgetragenen Kampf steht der Schutz der klassenkämpferischen Gewerkschaften

gegen den Staatsapparat und die in ihn hineinwachsende Arbeiter-Bürokratie im Zentrum. Den spontanen Widerstand der Arbeiterschaft gegen die sich vorbereitende, der Verwirklichung sich nähernde Faschisierung versucht die Bürokratie damit auf ein falsches Geleis zu bringen, daß sie erklärt, die Gefahr des Faschismus droht ausschließlich von seiten des kleinbürgerlichen Flügels; die Adler und deren staatliche Schutzherren seien die zentrale Gefahr. Die Népszava macht ständig für diese Auffassung Propaganda, und stellt es so dar, als ob die »aufgeklärten« Mitglieder der Regierung, also Bethlen, József Vass, Klebelsberg, die Machenschaften Sztranyavszkys mit den Adlern verabscheuten. Das ist in Wirklichkeit die wahre Vorbereitung des Faschismus. Dies zu erkennen und schonungslos zu enthüllen bedeutet natürlich nicht, daß die Kommunisten nicht den schärfsten Kampf gegen die Adler zu führen hätten: im Gegenteil, sie müssen sich an die Spitze aller spontanen Kämpfe gegen die Adler stellen und solche Kämpfe immer öfter und intensiver auslösen. Aber die wahre Gefahr besteht darin, daß die Bürokratie in den Staatsapparat hineinwächst, daß sie sich von den Arbeitermassen unabhängig macht. Für diese Unabhängigkeit sucht sie endgültig eine feste Basis in dem Bund mit der Regierung. Man denke daran, daß die Gewerkschaften als klassenkämpferische Organisationen zu existieren aufgehört haben, daß sie sich in Geschäftsunternehmen umwandeln (Gildesozialismus usw.), daß die Bürokratie seit Jahren bewußt gegen alle Streiks kämpft, daß sie mit systematischer Agitation den Anstoß für die obligatorische Gerichtsbarkeit gab und mit Hilfe ihrer zähen Propaganda in Pilisvörösvár [41] auch durchführte, daß die Bürokratie in allen Fragen die Politik der Großbourgeoisie unterstützt (Industrieförderung, Gegensatz Dorf-Stadt), daß sie zur ungestörten und ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragenen Durchführung der Rationalisierung aktiv und passiv beitrug.

10. So wie diese Verselbständigung der Bürokratie gegen die Arbeiterbewegung die Faschisierung vorbereitet, so ist der Kampf der Arbeiterschaft gegen die Bürokratie zugleich instinktiver Kampf gegen die Faschisierung. Die KMP muß sich in diesem Kampf einschalten, muß diesen Kampf den bloß beruflichen und syndikalistischen, also apolitischen und deshalb dem Faschismus zuneigenden Auffassungen gegenüber bewußtmachen. Zu diesem Zweck muß sie den Kampf gegen die Bürokratie mehr betonen als den Kampf gegen die bloßen Symptome, sie muß den besonderen Klassengehalt, die gesellschaftlichen Ursachen und die notwendigen Folgen der ganzen Politik der Bürokratie (Panama, Korruption, Fehlen der Gewerkschaftsdemokratie, Ausschließungen, Streikpolitik) den Arbeitern begreiflich ma-

chen. Gleichzeitig aber muß sie den Arbeitern klarmachen, daß der berechtigte Kampf gegen die Bürokratie nur dann erfolgreich sein kann, wenn wir der klassenverräterischen Politik die klassenkämpferische gegenüberstellen und das mit voller Energie durchzuführen streben. Also Kampf um die Kollektivverträge, für die Zurückerobierung, für den Ausbau und die Vergrößerung des kämpferischen Inhalts des Systems der Vertrauensleute, für Arbeitslosenunterstützung, für Friedensreallohn, für die 8-Stunden-Arbeitszeit.

11. Die Mehrheit der ungarischen Arbeiterschaft ist aber heute unorganisiert. Der Kampf gegen den Faschismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, diese unorganisierten Massen in die klassenkämpferischen Organisationen wieder einzubeziehen. Daß diese Möglichkeit besteht, das beweist der schon weiter oben gekennzeichnete Charakter und die Zusammensetzung der Unorganisierten, beweisen die Betriebsstreiks, in denen sie mit den Organisierten zusammen kämpften; ja es wurde sogar an solchen Orten gekämpft, wo es fast überhaupt keine organisierten Arbeiter gab. (Man muß also gegen alle Auffassungen kämpfen, welche die Unorganisierten unterschätzen: Robert.) Die regelmäßige Mobilisierung, die Einbeziehung der Unorganisierten in klassenkämpferische Gewerkschaften ist um so mehr wichtig, weil die Bürokratie in der heutigen Situation, wie schon hervorgehoben, bei verhältnismäßig kleiner Gewerkschaftsmittelgliederzahl ihr Hineinwachsen in den Staatsapparat, und damit die Faschisierung verwirklichen kann, wenn nicht große Arbeitermassen in klassenkämpferischen Organisationen vereinigt sind.

12. Damit taucht aber die zentrale, für die Taktik der Partei den Wendepunkt bedeutende Frage des Schutzes der klassenkämpferischen Gewerkschaften auf: organisieren gut, aber wo?

Die Partei war bisher mit voller Kraft dabei, die infolge des Verrats der Bürokratie oder von der Bürokratie wegen Kampfs gegen den Verrat ausgeschlossenen linksgerichteten Arbeiter in die Gewerkschaften zurückzubringen. Um den Kampf gegen die Bürokratie innerhalb der Gewerkschaften aufzunehmen, sollten die Unorganisierten in die Gewerkschaften hinein- beziehungsweise zurückgebracht werden (Werbekommissionen). Mit dieser Bestrebung konnte die Partei nicht immer Ergebnisse erreichen. (Dreher, Budapester Schuhmachergruppe Nr. 1, Landarbeiter und MSZMP.)

Die Erbitterung der Arbeiter, sehr oft der besten linksgerichteten Arbeiter gegenüber der Bürokratie, ihre Enttäuschung gegenüber der Gewerkschaft ist so tief und elementar, daß die Verwendung der Lösung »zurück in die Gewerkschaften« nicht nur nicht zum Erfolg führen würde, sondern sehr leicht die Partei eben vom angesehnen

Teil der besten Arbeiter isolieren könnte. Es taucht also auch bei uns, wie in zahlreichen ausländischen Staaten, die Notwendigkeit auf, den Kampf nicht auf die Ausbildung der innerhalb der Gewerkschaft existierenden oppositionellen Bewegungen, die Eroberung der Gewerkschaften zu beschränken, unsere Hände nicht mit den Grundstatuten und dem Zwang, um jeden Preis darin zu bleiben zu binden. Damit aber ist die Frage der Notwendigkeit der Gründung neuer Gewerkschaften dringend aufgeworfen. Im Fall der MÉMOZ, als die Mitgliedsbeiträge der Arbeiter in die Konkursmasse flossen, hätte man den Arbeitern unmöglich sagen können, daß sie sich mit Opposition und Kritik innerhalb der Gewerkschaft begnügen sollen. Aber die entschlossene Stellungnahme in einer solchen Frage kann die Maßregelung, den Ausschluß der so Auftretenden und damit die Notwendigkeit der Gründung neuer Organisationen nach sich ziehen. Das bedeutet zweifellos eine Wendung in der Gewerkschaftstaktik der Partei. 1925 konnte die Gründung der MSZMP – wenigstens teilweise – den schon damals beginnenden Spaltungsvorgang aufhalten (Wirkung des Paktes von 1922). Heute aber ist die Fasisierung so weit fortgeschritten, daß man diesen Vorgang nicht aufhalten kann; er läuft auch unabhängig vom Willen der Partei ab. Wenn die Partei die mechanische Einheit der Gewerkschaften diesen Bewegungen gegenüber beharrlich betonen würde, würde sie sich nicht nur von den Massen isolieren, sondern die instinktiven Bewegungen ihrem Schicksal überlassen; sie wäre nicht fähig, diese mit klassenkämpferischem Gehalt zu füllen, sie von dem Niveau der Instinktmäßigkeit auf das Niveau des Klassenbewußtseins zu heben. Wenn die Partei das will, dann ist es ihre Pflicht, solche Bewegungen nicht nur zu unterstützen, sondern sie muß sich an ihre Spitze stellen, und Richtung, Ziel, Programm und klassenkämpferischen Gehalt bestimmen. Es muß klar sein, daß das im gegebenen Fall auch bedeutet, daß die Partei bei der Gründung neuer Organisationen initiativ zu werden hat.

In dieser Frage braucht die Partei immer die klare Erkenntnis der konkreten Lage und eine wendige Taktik. So sicher es Opportunismus wäre, sich der hier skizzierten Notwendigkeit zu verschließen und nicht sämtliche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen (was die Partei mit den Beschlüssen des IV. Weltkongresses der VSZ [42] und des VI. der KI in Gegensatz bringen würde), so sicher ist es, daß man keineswegs, mechanische Regeln einhaltend, auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten darf. Dort, wo sich keine ernste Opposition herausbildete, wo es eine ernste Verbitterung der Massen gegen die Bürokratie noch nicht gibt, oder wo die Gewerkschaftsopposition in der Lage ist, innerhalb der Gewerkschaft noch ernsthafte Arbeit zu

leisten, d. h. eventuell Berufsgruppen oder örtliche Gruppen zu erobern und mit ihrer Hilfe klassenkämpferische Politik zu führen, dort ist klar, daß die Partei mittels ihrer Fraktion in gewohnter Weise arbeiten muß. (Hier bleibt dann die Werbearbeit ebenso im Vordergrund, wie das die alten Beschlüsse der Partei vorschreiben.) Die in der Taktik der Partei eingetretene Wendung hat freilich auf solche Arbeit insofern Auswirkung, als – insoweit eine so organisierte Opposition mit der Bürokratie in Konflikt gerät – auch an solchen Orten die Frage der Spaltung, der Gründung der neuen Gewerkschaft auftauchen kann. Auf die Taktik der Bewegungen der Gewerkschaftsopposition wirkt sich diese Wendung also so aus, daß sie nicht mehr auf dem Standpunkt des »Darinbleibens« um jeden Preis, der loyalen Opposition um jeden Preis stehen kann. Das bedeutet natürlich nicht, daß sie die Spaltung provozieren sollen. Wenn die KMP verkündet, daß die Bürokratie an der Spaltung der Gewerkschaftseinheit schuld ist, wenn sie bei den Massen die Verantwortung dafür auf die Bürokratie abwälzt, so ist das kein taktischer Schachzug. Die Bürokratie spaltet die Gewerkschaften wirklich damit, daß sie mit der klassenkämpferischen Arbeiterbewegung bricht; das wiederum ist die notwendige Folge der in den einzelnen Fällen zustande kommenden Aussperrungen und Ausscheidungen.

Wenn also die Partei die Oppositionsbewegung taktisch so führt, daß das Odium des Bruches immer die Bürokratie belastet, dann strebt sie nur danach, auf konkreter taktischer Ebene die objektive historische Lage auszudrücken, nicht zu verfälschen.

Die Partei ist also dafür, daß sich die Oppositionsbewegungen zu immer breiteren Massenbewegungen entwickeln, daß sich bei den Aussperrungen ernste Massenorganisationen bilden, und deshalb ist sie gegen all jene Spaltungsbewegungen, welche von masseneinflusslosen kleinen Grüppchen durchgeführt werden, weil das ein Ausweichen vor dem gegen die Bürokratie zu führenden Kampf bedeutet. Noch mehr ist die Partei gegen den Austritt oder das Ausscheiden einzelner Arbeiter, der Austritt muß immer ein Politikum sein, das auf die Massen radikalisiert wirkt. Einzelnes, geräuschloses Ausscheiden ist Opportunismus. Diese Feststellung bedeutet aber nicht, daß die Wichtigkeit der neuen Organisationen von ihrer Anfangsmitgliederzahl, der Zahl der bei der Spaltung ausgeschiedenen Gewerkschaftsmitglieder definiert wäre. Obwohl man natürlich danach streben muß, diese Zahl im Falle der Abspaltung so groß wie möglich zu machen, wäre es einerseits Illusion zu glauben, daß sich unter den heutigen Umständen die Mehrheit der Mitglieder, welcher Gewerkschaft auch immer, einer Abspaltungsbewegung sofort anschließen würde; andererseits be-



stimmt die Anziehungskraft, die sie auf die großen Massen der Unorganisierten und auf die in der alten Organisation verbliebenen linksgerichteten Elemente ausübt, die Bedeutung der neuen Gewerkschaft. Das Wichtigste ist also, dafür zu sorgen, daß sich die neue Organisation die klassenkämpferischen Forderungen der Partei zu eigen macht (8 Stunden Arbeitszeit usw.), und daß sie so bald wie möglich mit Aktionen der Arbeiterschaft zeigt, daß sie für diese Forderungen zu kämpfen fähig ist. In solchen Fällen muß die Partei ihre besten Kräfte um die neue Organisation konzentrieren, durch diese ihre Politik verwirklichen. (Daraus ergibt sich notwendigerweise, daß man in diesem Fall in der alten Gewerkschaft keine Werbearbeit führen darf, sondern diese im Interesse der neuen Organisation konzentrieren muß. Wie groß die in der alten Gewerkschaft verbleibende Fraktion ist, und bis wann sie dort noch wirkt, das bestimmen die konkreten Umstände.)

13. Man muß die Vereinigung der neuen Organisationen mit allen Möglichkeiten forcieren. In dieser Hinsicht bilden die heute nur mit einem berufsbedingten Programm auftretenden, schwankenden Organisationen (Hackspacher) [43] ein leichteres Arbeitsfeld, als der Allgemeine Arbeiterbund. Also sollte man im allgemeinen die neu ausgeschiedenen Gruppen sich lieber hier anschließen lassen; aber auch das muß man flexibel auffassen. Diese Frage hängt – abgesehen von den Gesichtspunkten der Legalität – vom Ergebnis der Fraktionsarbeit bei den Drehern (Verhinderung des Paktierens mit dem Metallarbeiterbund), und beim Allgemeinen Arbeiterverband (Kampf gegen die syndikalistische Ideologie) ab. Man muß in die Richtung der Herausbildung der sich aus den neuen Organisationen bildenden neuen Gewerkschaftszentrale streben. In den neuen Organisationen muß man die Organisierung auf Betriebsbasis im Hinblick auf die Industrieorganisationen versuchen (betriebliche Einzahlstellen, Betriebsversammlungen). Ständige und regelmäßige Propaganda ist für die Ideologie der vszi zu machen, und man muß danach streben, daß sich die neuen Organisationen – freilich illegal – auch organisatorisch der vszi anschließen.

14. Eine der wichtigsten taktischen Aufgaben ist das Zusammenwirken der notwendigerweise in verschiedenen Orten organisierten linksgerichteten Arbeiter (alte und neue Gewerkschaften, Allgemeiner Arbeiterbund). Die beste Sicherung dafür ist die einheitliche Fraktionsarbeit, die die in den verschiedenen Orten wirkenden Kommunisten zusammenfaßt. (Mit allen sich dagegen äußernden Auffassungen, z. B. Gegensatz der in der alten Organisation und in dem Allgemeinen Arbeiterbund tätigen Schuhmacher, muß man sich ideologisch ausein-

andersetzen.) Aber das allein genommen genügt nicht für die Sicherung des Zusammenwirkens. Notwendig sind die auf die Massen wirkenden, für die Massen sichtbaren, zusammenhaltenden Organe: die Einheitskomitees. Diese Frage muß man sehr flexibel behandeln. Es ist klar, daß die Einheitskomitees unmittelbar in der Zeit der Spaltung die Arbeiter sehr leicht verstören können; entgegen ihrem Willen können sie den Manövern der Bürokratie als Werkzeug dienen. Form und Art der Entstehung der Einheitskomitees werden immer von den konkreten Umständen bestimmt. Es gibt Fälle, wo das von der Zelle angeregte Betriebskomitee diese Rolle übernimmt; im Falle konkreter Aktionen wird es das Betriebsstreikkomitee sein, das sich vielleicht später zu einem Betriebskomitee entwickelt, in Betrieben oder Berufsgruppen, in denen neue Organisationen dominieren, können deren Werbekomitees die Rolle übernehmen usw. Wenn sich diese Bewegungen ausbreiten und vertiefen, wird die Gründung von Einheitskomitees in den Berufsständen notwendig werden. In jenen Berufsgruppen, in denen der Kleinbetrieb dominiert, ist die Notwendigkeit des Einheitskomitees der Berufsschicht noch brennender.

15. Eine andere grundlegende Erscheinungsform der instinktiven Verteidigung der Arbeiter gegenüber der Faschisierung der Gewerkschaften ist der Betriebsstreik. Bei der hier schon dargelegten großen Bedeutung der gegen den Willen der Bürokratie ausbrechenden, mit der Teilnahme der Unorganisierten ablaufenden Betriebsstreiks ist deren Auslösung und Führung die zentrale Aufgabe der Zellenarbeit. Das selbständige Auftreten, die selbständigen Kämpfe, die selbständige Organisierung der Betriebe (Vertrauensmannsystem, Betriebskomitee), ist die wichtigste und wirksamste Verteidigung gegen die Faschisierung der Gewerkschaften. Eben deshalb ist es grundlegend wichtig, daß die Partei durch diese Zellen diese Kämpfe nicht nur beeinflusst und führt, sondern auch in diesen ihr Gesicht zeigt, damit sie auf die Arbeiterschaft der anderen Betriebe eine Wirkung ausüben kann, damit sie diesen Kampf zum Kampf der ganzen Arbeiterschaft gegen die Faschisierung ausweiten kann. Die Partei muß das Kombinieren der legalen mit den illegalen Methoden erlernen: die Leute konspirieren, nicht die Partei und ihre Politik; man muß gegen die seit langer Zeit bestehende Ideologie des »sich Verstehens« kämpfen.

16. Der selbständige Kampf des Betriebs, seine Opposition gegen die Gewerkschaft ist bei den heutigen ungarischen Verhältnissen objektiv schon ein Politikum. Aber die Partei darf sich nicht mit diesem, rein objektiven, also nur instinktiven Charakter der Kämpfe begnügen, sondern muß in jedem einzelnen Fall mit der Aufstellung konkreter Forderungen die bewußte Politisierung des Kampfes anstreben. Das

bedeutet in erster Linie den gegen die Faschisierung geführten Kampf, in dem auch die demokratischen Forderungen auftreten (Kampf um das Vertrauensleutesystem, Veranstaltung von Generalversammlungen der Berufsschichten, Kampf um die Straße, Kampf gegen die behördlichen Einmischungen). Die Partei muß in all solchen Fällen im Zusammenhang mit den konkreten Fragen sämtliche Losungen des Kampfes gegen die Faschisierung verkünden und die ganze Frage in ihrer das ganze Land betreffenden politischen Bedeutung vor den Arbeitern beraten.

Als Agitationslosung muß man auch nach Möglichkeit die Frage des Krieges aufstellen, mit der Begründung, daß diese Faschisierung Kriegsvorbereitung ist, daß der Kampf gegen die Faschisierung – Kampf gegen den Krieg ist. Daneben muß man:

- a) nach Möglichkeit konkrete tagespolitische Forderungen aufstellen;
- b) gegen die Streikbrecher aktiv kämpfen;
- c) diesen Kampf bis zum Kampf um die Straße entwickeln;
- d) gegen die Schlichtung kämpfen, und zwar vor dem Urteil des Schlichtungsgerichtes, und, wenn möglich, auch gegen die Entscheidung. Nur mit solcher offenen und konkreten Politisierung der Kämpfe ist es möglich, die gewerkschaftliche Pseudo-Opposition zu entlarven und ihr ernste, linksgerichtete Arbeiter zu entreißen.

17. Der Kampf gegen die Faschisierung ist: Kampf um Leben und Tod gegen die Sozi-Partei, die die wichtigste Reserve der Konsolidierung ist. Die unter demokratischen Formen durchgeführte Faschisierung ist die beste Sicherung der ungestörten Herrschaft des Großkapitals. Bei der Bewertung der Sozialdemokratie muß man sich nicht nur davor hüten, zu glauben, daß sie die Oppositionspartei der demokratischen Reformen sei (Julius), sondern auch vor der Illusion, daß in der Frage der Faschisierung der sozialfaschistische Flügel vom sozialliberalen Flügel der Sozialdemokratie durch einen scharfen Gegensatz getrennt wird. Gegenüber der heutigen, aktuellen Form der Faschisierung und der obligatorischen Schlichtungsgerichtsbarkeit, ist das Einverständnis, die Harmonie zwischen beiden Flügeln vollkommen. Sie unterscheiden sich höchstens darin, daß der eine Flügel der Bürokratie (Peyer) auch eine Faschisierung nach italienischem Typ unterstützen und darin die Rolle d'Arragonas zu übernehmen geneigt wäre, während der andere Flügel (Weltner und seine Genossen) eine solche Entwicklung nur passiv unterstützen würde. Die Sozi-Partei verlor zweifellos und verliert ständig an Anziehungskraft gegenüber den Massen, aber es wäre opportunistische Illusion, zu glauben, daß hinter ihr gar keine Massen mehr stehen, und daß der siegreiche Kampf der KMP gegen die Sozialdemokratie heute nur noch durch die Illegalität

verhindert wäre. Infolge des Legalitätsmonopols hielt die Sozi-Partei stets verhältnismäßig breite Massen unter ihrem unmittelbaren Einfluß. Und in gegebenen Fällen – ob es sich um Streiks oder Wahlen usw. handelt – kann sie noch breitere Massen in Bewegung bringen. Und zwar nicht nur die Massen von Kleinbürger und Arbeiteraristokraten, sondern auch wirkliche Arbeitermassen. Diese Frage muß man erkennen und akzeptieren, wenn die Partei ihre Aufgabe erfüllen will: die Bekämpfung der Sozialdemokratie bis zur Zerschlagung und völligen Vernichtung.

Von dieser Aufgabe leiten sich folgende Zielsetzungen ab:

- a) Trennung von Partei und Gewerkschaft. Es ist allgemein bekannt, daß die Gewerkschaften nicht nur die Basis, sondern auch die finanzielle Existenzgrundlage der ungarischen Sozi-Partei sind. Die Trennung der Gewerkschaften von der Partei wäre also gleich der Zugrundelegung der Partei. In dieser Hinsicht war die MSZMP-Abspaltung von epochaler Bedeutung in der ungarischen Arbeiterbewegung. Wieviel MSZMP-Mitglieder man auch aus den Gewerkschaften ausschloß, sehr viele blieben trotzdem darin, zahlreiche nahm man wieder auf; ja unter der Wirkung der Spaltung war es sogar möglich, daß als Kommunisten bekannte Arbeiter in der Gewerkschaft blieben. Der derartig locker gewordene Boden macht es möglich, daß schon jetzt die Trennung von Partei und Gewerkschaft nicht nur mehr Agitationslosung, sondern auch Aktionslosung ist. Die Losung wurde dadurch legalisiert, daß sie auch von der zentrischen Opposition, wenn auch mit völlig falscher Begründung, wenn auch ohne jede Absicht der Verwirklichung, herausgegeben wurde. Die Partei muß nicht nur die breiteste Agitation in dieser Richtung führen, um diese Losung in den Massen zu popularisieren und um für die Marxsche Auffassung der Gewerkschaften Propaganda zu machen, daß die Gewerkschaft für jeden klassenkämpferischen Arbeiter ungeachtet seiner Parteiangehörigkeit offen sein muß, sondern die Partei muß sich obendrein darum bemühen, in konkreten Fällen die Abtrennung der Partei von der Gewerkschaft demonstrativ zu verwirklichen, die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie zur Stellungnahme zu zwingen. Z. B. könnte ein Teil der ausgetretenen Schlosser, welcher noch immer in der Sozi-Partei ist und gegen den die Parteiführung nichts zu machen wagte, scharfe und entschlossene Oppositionspolitik führen, diese Lage exponieren, an diesem Platz den Kampf gegen die Sozi-Partei aufnehmen. Die KMP sollte sich darum bemühen, daß die ihr nahestehenden Massen, z. B. die in den Kulturvereinen sich gruppierenden, in immer größerem Maße in die Gewerkschaften zurückkehren, ohne in die Sozi-Partei einzutreten. Dort,

wo in einer Gewerkschaft der Einfluß der Partei stark ist, strebe sie an, diese Lösung zu popularisieren und in konkreten, die Arbeiter unmittelbar berührenden Fällen (Paktieren mit der Regierung, nationalistischer Auftritt, Industrieförderung, Schlichtungsgerichtsbarkeit usw.) in dieser Richtung Aktionen auszulösen.

b) Spaltung der Sozi-Partei. Die Frage der Spaltung ist – trotz des Schwankens der Opposition, der Schwäche der Fraktionsarbeit – objektiv an der Tagesordnung. Die Partei muß also versuchen, der Spaltung eine möglichst nahe Perspektive zu geben und die Arbeit der Fraktion darauf einstellen. Die Spaltung muß mittels der drei zentralen Losungen der Partei geschehen. Nur terminologische Unterschiede, die von der Legalität vorgeschriebenen Abschwächungen, sind möglich. Also: Republik, mit entsprechender Interpretation und mit richtiger Einstellung zur Bodenfrage (Enteignung ohne Entschädigung, kostenloser Boden dem Bauer); Kampf um die Freiheit der klassenkämpferischen Gewerkschaften; Kampf gegen den Krieg. Die Spaltung muß so breit und tief wie möglich angelegt sein; man muß verhindern, daß sich ausschließlich die in der Sozi-Partei befindlichen Kommunisten und ihr unmittelbarer Anhang abspalten; dagegen darf man die Spaltung nicht davon abhängig machen, daß die heutige Opposition in ihrer Gesamtheit in einem Block bleiben muß. Durch starke Fraktionsarbeit muß man den Einfluß vergrößern, ohne daß man der neuen Partei jemals die Bedeutung beimißt, die einst die MSZMP für die KMP hatte. Die neue Partei würde also ein legales Arbeitsfeld, eine legale Äußerungsform der KMP sein. Ihr Zustandekommen darf nicht dazu führen, daß sie mit der Partei in der Beziehung zusammenstößt, daß sie die linksgerichteten Massen unmittelbar unter ihre Führung zu ziehen strebt. Die heutige Opposition ist in ihrer Zusammensetzung, in ihrer Klassenbewußtheit mit der den Kern der MSZMP bildenden Opposition nicht vergleichbar und die Fortsetzung der alten Politik wäre heute infolge der Veränderung der objektiven Verhältnisse, der Verstärkung der KMP, ihres gewachsenen unmittelbaren Einflusses, ein Hindernis für die Entwicklung der Partei.

c) Die zentrale Frage des Kampfes gegen die Sozialdemokratie ist: der Kampf gegen den Zentrismus. Die linksgerichtete Sozialdemokratie, der Zentrismus, ist wie in Ungarn, so auch im Ausland der gefährlichste Feind der Partei, die letzte und wichtigste Reserve der Bürokratie. Hier also benötigt man den schärfsten ideologischen Kampf und muß innerhalb der Partei gegen jede Strömung kämpfen, welche die zentristische Gefahr unterschätzt oder nur lau und feig gegen sie auftritt. Man muß darüber im klaren sein, daß der Zentrismus bei der heutigen Lage das größte Hindernis der Spaltung der Sozialdemokratie

und damit der Ausbreitung der linksgerichteten Arbeiterfront ist. Es wäre gefährlich zu glauben, daß – wie im Jahre 1924 – einzelne Zentristenführer mit der sich abspaltenden Opposition gehen werden. (Wie damals Hajdu, Szilágyi usw.) Die Verschärfung der objektiven Lage, die Erfahrungen der MSZMP-Spaltung, machen das von vornherein unmöglich. Innerhalb der linken Sozialdemokratie muß unverzüglich eine Differenzierung eintreten, und wenn die Lage ernst wird, dann werden Jenő Kis und seine Genossen sich notwendigerweise, völlig zu Peyers schlagen. (In der MÉMOSZ-Angelegenheit und in dem Migray-Fall [44] trat das schon weitgehend ein.) Diese Differenzierung muß man aber so durchführen, daß wir die innerhalb der Opposition vorhandenen linksgerichteten, älteren, angesehenen Arbeiter, die nicht Kommunisten sind, von den Zentristen trennen und Jenő Kis und seine Anhänger isolieren. Die so notwendig werdende flexible und geschickte Taktik bedeutet aber nicht, daß die in der Sozi-Opposition wirkende Fraktion der Kritik am Zentrismus entsagt, daß sie die ideologische Führung den Zentristen überläßt. Im Gegenteil, die Zeit des Aufmarsches und des Sammels muß dazu verwendet werden, daß wir mit Hilfe eines entschlossenen prinzipiellen Kampfes den pseudooppositionellen Charakter des Zentrismus enthüllen und diesen von den ernstzunehmenden Arbeitern der Opposition isolieren.

### C. Kampf gegen den Krieg

18. Der sich abzeichnende Krieg, seine Notwendigkeit aus der Entwicklung des Imperialismus heraus, seine gegen die Sowjetunion gerichtete Front – in all diesen Fragen steht die KMP vollständig auf der Grundlage des VI. Weltkongresses der KI, und es ist ihre Pflicht, die Mitglieder mit den Kriegsthesen möglichst eingehend bekanntzumachen, die in diesen Thesen angeführten Prinzipien zu popularisieren, die dort vorgeschriebenen Aktionen mit größtmöglicher Energie durchzuführen. Gleichzeitig ist es die Pflicht der KMP, diese Beschlüsse auf die konkreten ungarischen Verhältnisse anzuwenden. Diese Anwendung zeigt sofort das Folgende: die sich in unserer wirtschaftlichen und politischen Analyse ergebenden beiden Haupttendenzen, die demokratische Liquidierung der Demokratie, sowie die Faszisierung, dienen gleicherweise der Vorbereitung des Krieges. Diese Analyse zeigte auch, daß dem Bethlen-Regime für den Zweck der Wiederherstellung der sich auflösenden Einheitsfront sozusagen kein anderer Weg bleibt, als der Weg des Krieges; der Krieg wird für das Bethlen-Regime immer mehr eine brennende innenpolitische Notwendigkeit. Dazu tragen die wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klassen bei, einerseits das alte Interesse der Großgrundbesitzer an den verlore-



nen Gebieten, andererseits die imperialistischen expansiven Bestrebungen der sich entwickelnden Großindustrie. (Ein Teil der Kleinbürgerschaft, besonders die deklassierte Intelligenz, bleibt auch im weiteren begeisterte Anhängerschaft des Krieges, in der Hoffnung, daß ihnen die Wiederherstellung der territorialen Integrität ihre Vorkriegsprivilegien wiederbringt.) Das Bethlen-Regime wird also durch seinen Zerfall und seine Verwesung immer mehr dem Krieg zugetrieben. Daß dieser Krieg sich gegen die Sowjetunion richtet, steigert noch seine Popularität in den herrschenden Klassen, in welchen die Erinnerung an die Diktatur des Proletariats noch lebendig ist, ebenso in einem Teil der Kleinbürgerschaft, ferner in der Sozialdemokratie, welche bei uns wie in Deutschland in den ersten Reihen gegen die Sowjetunion kämpft und welche in einem gegen die Sowjetunion gerichteten Krieg die pazifistischen Masken und Kostüme noch schneller ablegen, noch begeisterter den freiwilligen Kriegsdienst übernehmen würde, als in irgendeinem anderen Krieg.

19. Der Antikriegskampf richtet sich in erster Linie gegen die Vorbereitung des Krieges. Die KMP muß mit ununterbrochener Propaganda enthüllen:

a) die innenpolitische Vorbereitung des Krieges, den Ausbau der Kriegs-Staats-Maschinerie und – in allererster Linie – die Fasisierung der Gewerkschaften. Mit konkreten Analysen, verbunden mit konkreten aktuellen Fragen, ausländische Beispiele beleuchtend (Paul Boncour, deutscher Panzerkreuzer) [45], muß man diese Frage ununterbrochen auf der Tagesordnung halten.

b) Die Enthüllung des außenpolitischen Bankrotts des Bethlen-Regimes, die Ausnützung und Beschleunigung der Zerstreuung der Illusionen über eine Revision Trianons ist erstrangige propagandistische Aufgabe. Mit ständiger Propaganda muß man die an die Revision Trianons sich knüpfenden wirtschaftlichen Illusionen enthüllen, und im Zusammenhang damit die innenpolitischen Lügen und den außenpolitischen Provinzialismus der sogenannten demokratischen Opposition. (Verwendung des jugoslawischen Falls zum Nachweis, wie sich die westlichen Demokratien um die innere Demokratie der kleinen Staaten kümmern.)

c) Enthüllung der in der nationalen Frage gehegten Illusionen. Nationale Unterdrückung der Deutschen im heutigen Ungarn. An dem Beispiel Maniu's [46] beweisen, daß die nationale Befreiung bei dem heutigen Imperialismus unmöglich ist. Die Enthüllung des nationalen Programmes der Bethlen-Regierung. Zusammenhang der nationalen Befreiung und der internationalen proletarischen Revolution.

d) Zusammenhang der Außenpolitik Bethlens mit der Herausbildung

der Front gegen die Sowjetunion. Warschauer Weg, polnisch-ungarisch-rumänische Annäherung. Zeigen, daß sie der internationalen Konterrevolution gegen die Sowjetunion Söldnerdienst leisten. Rolle der Sozialdemokratie.

e) Enthüllung der ständigen Rüstung. Enthüllung des Militärcharakters der illegalen Truppenformationen. Besondere Aufmerksamkeit muß man auf die Levente richten. Waffenschmuggel usw.

f) Der kriegsvorbereitende Charakter der Förderung der Industrie, besonders die Chemieindustrie betreffend.

20. Ständige Zurückweisung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Verleumdungen: man muß den erlogenen Behauptungen immer Fakten gegenüberstellen. Aber diese Propaganda kann sich nicht mit der Zurückweisung der Angriffe begnügen, sondern muß in offensiver Weise vorgehen. Die Sowjetunion als die Heimat der Arbeiter und arbeitenden Bauern. Die fortwährende Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiter und Bauern muß ständig propagiert werden. Man muß zu diesem Zweck versuchen, jedes zur Verfügung stehende legale Mittel zu verwenden, damit diese Fakten unter die breiten Massen gelangen. Diese Propaganda sollte in zwei Hauptlinien vorgehen:

a) Aufbau des Sozialismus (Zurückweisung der Sozi-Verleumdungen, theoretisch, wie auch mit Fakten illustriert). Sozialismus als ständige Verbesserung des Wohlstandes der arbeitenden Schichten. »Kapitalistische Akkumulation ist die Akkumulation des Elends.« (Marx) [47] »Die sozialistische Akkumulation ist die Akkumulation des Wohlstandes.« (Stalin) [48]

b) Die Sowjetunion, als der einzige Staat auf der Welt, welcher den Frieden will. Die ständige Beratung der Friedensversuche. Ständige Enthüllung der erlogenen Vorwände der imperialistischen Staaten, mit denen sie die Friedensversuche der Sowjetunion zurückweisen oder sabotieren.

21. Die Rolle der Sozialdemokratie in der Vorbereitung des Krieges. Vor breiten Massen die Kriegs- und Nachkriegs-Erfahrungen popularisieren: Rolle der Sozialdemokratie bei der Vorbereitung des neuen Weltkrieges, auf internationaler und ungarischer Ebene gleicherweise. In dieser Frage muß man einen besonders scharfen Kampf gegen die Ideologie des Zentrismus führen. (Die Broschüre von Jenő Kis erwähnt die Frage des Imperialismus und des Krieges gar nicht.) Verhältnis der Sozialdemokratie zur Sowjetunion. Ihre außenpolitische Einstellung (italienische Gefahr, jugoslawische Orientierung usw.) ist nur dazu geeignet, daß sie die Aufmerksamkeit des Proletariats von den wahren Kriegsfragen ablenkt. Mit breiter Propaganda muß man gegen die

pazifistischen Illusionen, die ganze pazifistische Ideologie kämpfen. Hier muß man einen Unterschied machen:

- a) zwischen dem offenbar imperialistischen Pazifismus (Völkerbund-pazifismus, Kellog-Pakt [49] usw.), welchen der rechte Flügel der Sozialdemokratie ohne Vorbehalt unterstützt und
- b) dem sogenannten radikalen Pazifismus (die innere Reform, die »Parlamentarisierung« des Völkerbundes als zentristische Ideologie, die imperialistische Form des Parlamentskretinismus).
- c) Sektiererischer Pazifismus (Boykott des Krieges, Nichteinmarsch usw.). Gegen sämtliche Schattierungen des Pazifismus muß man kämpfen. Die gefährlichste Ideologie ist auch hier die Ideologie des Zentrismus, weil sie am leichtesten auch auf Proletariatsmassen wirken kann.

22. Jeder, dem Krieg »vorbeugenden« oder ihn »verhindernden« Illusion gegenüber (als allgemeiner Streik zum Zwecke der Vorbeugung des Krieges, Boykottierung des Einmarsches usw.) muß die Partei sehr energisch Stellung beziehen. Sie muß zeigen, daß man dem Krieg nur mit einer siegreichen proletarischen Revolution vorbeugen kann. Die zentrale Aufgabe der KMP besteht also – wenn dem Krieg nicht die früher ausgebrochene proletarische Revolution vorangehen sollte – darin, daß sie den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umwandelt. Sie darf sich in dieser Hinsicht keine Illusion darüber machen, daß breite Kleinbürger-, Bauern-, sogar Arbeitermassen beim Ausbruch des Krieges der imperialistischen Kriegspolitik der Regierung und der Sozialdemokratie nicht folgen würden. Die alte und für jeden imperialistischen Krieg gültige zentrale Losung der KI ist: Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in Bürgerkrieg – die jetzige Kriegsperspektive, modifiziert sich im Hinblick auf einen Krieg gegen die Sowjetunion dahin: mit allen Mitteln die Sowjetunion, die Hochburg der proletarischen Revolution, die Heimat des Proletariats schützen. Für die eingesetzten Soldaten ist also nicht nur die »Verbrüderung mit dem Feind« die Losung, wie im imperialistischen Krieg, sondern die aktive Unterstützung der Roten Armee der Sowjetunion. Diese aktive Unterstützung beinhaltet die Verpflichtung, daß die neuen Kommunisten die Armee desorganisieren und soviel wie möglich von ihren Soldatenkameraden in die Armee der Sowjetunion hinüberbringen.

23. Damit die Partei diese Politik erfolgreich durchführen kann, muß sie innerhalb der Partei den gegen den Krieg gerichteten leninistischen Standpunkt herausbilden, diesen in immer breiteren Massen der Parteianhänger und der Sympathisanten bewußtmachen. Also Kampf gegen die Illusion des »Kampfes für die Verhinderung des Krieges«,

gegen den Boykott des Krieges. Die KMP hat ihren Mitgliedern die Losung gegeben: Hinein in die Armee und kehrt ihre Waffen gegen die Imperialisten. In der Herausbildung dieses richtigen leninistischen Standpunktes trifft die Partei oft auf falsche Ideologien, welche sie mit ausdauernder Erziehungsarbeit, wenn nötig mit ideologischem Kampf, bei den Parteianhängern ausrotten muß. Dies betrifft außer dem oben erwähnten:

a) Die allgemeine Unterschätzung der Kriegsgefahr. Das ist gefährliche Rechtsabweichung, deren Wurzel in der falschen Bewertung der Wirtschaft und Politik steckt (also Sozi-Rückbleibsel). Mit den Erfahrungen der dem Ausbruch des Krieges vorangegangenen Zeit muß man diesen Genossen klarmachen, daß die auf der Oberfläche sich zeigenden »Friedenstendenzen« der Perspektive der Vorbereitung des Krieges nicht widersprechen.

b) Infolge der Absperrung der ungarischen Arbeiterschaft von der Welt entwickelt sich in einem Teil der Mitgliedschaft unvermeidlich ein gewisser Provinzialismus. Die Genossen können deshalb den Zusammenhang der ungarischen Politik mit der Weltpolitik nicht überschauen und ebenfalls nicht die der ungarischen Arbeiterschaft zufallenden konkreten Kriegsaufgaben. Diesem Provinzialismus widerspricht das sich in gewissen weltpolitischen Fragen (Kolonialbefreiungskämpfe) sich äußernde fieberhafte Interesse; China nicht mit Aufmerksamkeit verfolgen und die ungarisch-polnische Annäherung außer acht lassen – ist auch eine Art Provinzialismus. Die Partei muß deshalb ständig die Fragen der ungarischen Außenpolitik im engen Zusammenhang mit den Fragen der Weltpolitik beraten. Besonders wichtig ist von diesem Gesichtspunkt her die eingehende Beschäftigung mit den österreichischen Nachfolgestaaten und dem Balkan. Zur Bekämpfung des Provinzialismus sind die internationalen Solidaritätsaktionen geeignet, in welchen die Partei, den Umständen entsprechend, auch die vs-Organisationen [50] nutzen muß. (Kampf gegen den internationalen weißen Terror, der ebenfalls ein Mittel der Vorbereitung des Krieges ist.)

24. Das Zentralorgan des Antikriegskampfes ist die illegale Organisation, die illegale Betriebszelle. Den Parteimitgliedern muß man begreiflich machen, daß die vollkommene Herausbildung der illegalen Technik, die richtige Kombination der illegalen und legalen Methoden, die Abrechnung mit den legalen Illusionen und dem mit ihnen verbundenen Liquidatorentum unerläßliche Vorbedingungen des erfolgreichen Antikriegskampfes sind. Der Krieg wird unter allen Umständen absolute Illegalität, wütenden weißen Terror mit sich bringen. Dagegen müssen wir uns schon im voraus wehren, indem wir einer-

seits unsere illegalen Organisationen aufs vollkommenste ausbauen, und diese andererseits tief in die Arbeitermassen einbetten. Der Krieg wird die jetzigen engen legalen Möglichkeiten auf einen Schlag abschaffen. Wenn also die Partei sich nicht darauf vorbereitet, damit sie für den Fall der völligen Illegalität und größter Verfolgung aktionsfähig ist, dann kann sie nicht erfolgreich gegen den Krieg kämpfen.

25. Die Partei muß die größten Kraftanstrengungen machen, um in jeden Munitions- und anderen Kriegsbetrieb einzudringen, dort Zellen zu schaffen, und zwar solche, welche großen Einfluß auf die Arbeitermassen haben. Besonders ist anzustreben, die Eisenbahner und Telegrafisten usw. zu durchsetzen.

26. Die Partei muß dringlichst die Grundlagen für antimilitaristische Armeepropaganda schaffen. Ebenso muß sie schleunigst beginnen, wenigstens Verbindungen mit der Armee zu schaffen. Mit Hilfe dieser Verbindungen und der daraus gewonnenen Informationen muß sie konkrete Forderungen ausarbeiten, mit denen sie schon jetzt, gestützt auf aktuelle Fragen, die Propaganda in der Armee in Angriff nehmen kann. (In dieser Hinsicht muß man die internationalen Erfahrungen, besonders die Erfahrungen der KKP [51] verwerten.) Die Kommunisten dürfen also nicht den Militärdienst boykottieren, dürfen sich nicht dem Militärdienst entziehen (das bezieht sich auch auf die Levente), sondern müssen in der Armee desorganisierende Arbeit leisten. Man muß antimilitaristische Literatur schaffen, und zwar nicht nur für Arbeiter, sondern auch, in sehr volkstümlichem Ton gehalten, für die Bauern. In dieser Literatur muß man mit Fakten die Grauen des Weltkrieges, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, wie die finanziellen Lasten der Kriegsvorbereitungen und die Schrecken des kommenden Krieges (Gaskrieg) für die breiten Massen der Arbeiter darstellen.

27. Die Kulturorganisationen muß man – vorsichtig – für die Zwecke der legalen Antikriegspropaganda nutzen. Die ganze Reihe der Antikriegsthesen der KI, muß man unter Veränderung der Terminologie und unter Weglassung etlicher gerade der Partei geltenden Weisungen in dieser Propaganda zur Geltung bringen. Man muß diese Kanäle auch dazu nutzen, in den für uns sonst nicht zugänglichen Massen die Leninsche Auffassung über den Imperialismus, den Staat usw. zu propagieren.

28. Mit der Jungarbeiterbewegung gilt es besser als heute zu kooperieren. Aus der Jungarbeiterbewegung muß man eine breite Massenbewegung machen. Das Eindringen in die Levente-Organisationen, Einrichtung von Zellen, Antikriegsagitation durch aktuelle Forderungen sind hier erstrangige Aufgabe der Partei. Aber sosehr die Levente-Ar-

beit unter den Aufgaben der Jungarbeiterschaft auch im Vordergrund steht, die Jungarbeiterbewegung muß von der Partei auch in ihren anderen Antikriegskämpfen konsequent regelmäßig genutzt werden (z. B. beim Ausbau der Verbindungen zur Armee).

29. Die Schaffung der Grundlagen der Frauenbewegung ist ebenfalls eine entscheidende Aufgabe unter dem Gesichtspunkt des erfolgreichen Antikriegskampfes. Im Zentrum der gegenwärtigen Agitation müssen die unmittelbaren Erfahrungen aus dem vorigen Krieg und aus der Nachkriegszeit stehen. Diese Agitation muß man für Verbindungen und Organisationen nutzen. Die Erfahrungen des vorigen Krieges beweisen, daß, wenn die wirtschaftlichen Folgen des Krieges spürbar werden, sich die Möglichkeit einer erstrangigen Desorganisationsarbeit gegen den Krieg eröffnet.

#### D. Losungen und unmittelbare Aufgaben der Partei

30. Den oben skizzierten Interpretationen und Aufgaben entsprechend orientiert sich die Tätigkeit der KMP an folgenden Losungen:

a) Kampf um den Sturz des Bethlen-Regimes. Kampf gegen jegliche Pseudo-Opposition des Bethlen-Regimes wie auch gegen die bürgerliche und sozialdemokratische Pseudo-Opposition. Kein Pakt mit der Bourgeoisie: Klasse gegen Klasse – es lebe der Bund der Arbeiter und Bauern.

Kampf gegen die Verwirklichung des Faschismus in demokratischem Rahmen. Kampf gegen die die Arbeiter irreführende Losung: »Demokratie oder Faschismus«. Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine Hauptstütze des Faschismus. Kampf um allgemeine Freiheit, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft sichert (Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit und Streikrecht). Kampf um die Zusammenballung dieser Freiheitsrechte um eine Republik, mit einer Regierung der Arbeiter und Bauern an der Spitze. Kampf um die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern. Kampf um die Diktatur des Proletariats.

Kampf um die revolutionäre Besetzung des Bodens durch die armen Bauern und um die entschädigungslose Konfiszierung aller Großgrundbesitzer über 100 Morgen. Freier Boden für die Bauern.

b) Kampf um die klassenkämpferische Einheit der Arbeiterbewegung. Kampf gegen die Teilung und den Zerfall der Arbeiterbewegung, gegen die die Parteiorganisation zersetzende Politik der Bürokratie. Verteidigung des klassenkämpferischen Charakters der Gewerkschaften in den alten Gewerkschaften – und falls nötig, auch außerhalb – gegen die Bürokratie. Bei der Verteidigung des klassenkämpferischen Charakters der Gewerkschaften dürfen unsere Hände durch die ge-



werkschaftlichen Grundregeln nicht gebunden sein.

Verteidigung der Gewerkschaften gegen den Faschismus – gegen die Bethlen-Regierung und die ihr verbündete Bürokratie. Liquidierung der versöhnlerischen Kritik. Die finanzielle Lage der Arbeiterschaft kann nur durch das Zu-Ende-Führen des Klassenkampfes verbessert werden.

Acht-Stunden-Arbeitszeit. Friedensreallohn [52]. Arbeitslosenunterstützung. Kampf gegen die Rationalisierung.

Die Frage des Klassenkampfes ist die Frage der gesamten Arbeiterklasse. Einschaltung der Unorganisierten in die Lohnkämpfe. Einschaltung der Unorganisierten in die klassenkämpferischen Gewerkschaften.

»Unpolitisch-Sein« tötet auch den wirtschaftlichen Kampf. Die »politikfreie« berufliche Voreingenommenheit oder der Syndikalismus führt die Arbeiter zum Faschismus. Politisierung der Wirtschaftskämpfe. Solidarität aller streikenden Arbeiter. Kampf gegen die Streikbrecher. Kampf gegen den Staat, der die Streikbrecher unterstützt, die Streikmöglichkeit einschränkt und die Streikrechtsprechung unterstützt. Kampf gegen die Faschisten. Kampf um die Straße.

Der Betrieb ist die Burg der klassenkämpferischen Arbeiter. Vertrauenssystem. Betriebsausschüsse, betriebliche Lohnbewegungen entgegen dem Willen der Bürokratie: gegen die von der Bürokratie geleiteten Gewerkschaften. Die Grundlage der klassenkämpferischen Organisation ist der Betrieb. Propaganda für die Verwirklichung des Gedankens einer Industrie-Union (Betriebskassierer).

Es lebe die vszi. Verbreitung der Ideologie der vszi. Anschlußversuch an die vszi.

c) Das Bethlen-Regime führt Ungarn in den Krieg. Der Feind befindet sich nicht außerhalb, sondern unter uns. Keine regionale Integrität. Kampf der revisionistischen Hochstapelei. Die Befreiung der Nationen kann nur durch die internationale Revolution des Proletariats erreicht werden.

Die sozialdemokratische Partei ist die krieglerische Reserve des Bethlen-Regimes. Die sozialdemokratische Partei ist die Reserve des Zentrums als »Opposition«. Weg mit Peyer und Jenö Kis, den Fürsprechern der Bethlenschen Kriegspolitik.

Das Bethlen-Regime bereitet den Krieg gegen die Sowjetunion vor. Die Sowjetunion muß gegen den Angriff der Imperialisten verteidigt werden. Macht den Krieg zum Bürgerkrieg. Arbeiter- und Bauernsoldaten, wechselt in die Rote Armee der Sowjetunion über.

Nieder mit den pazifistischen Illusionen. »Der Friede« des Völkerbundes ist – die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion. Der »radikale« Pazifismus ist eine Täuschung der Arbeiter. Sie glauben,

daß man dem Krieg im letzten Augenblick zuvorkommen kann. (Dies ist jedoch weder mit Boykott noch mit allgemeinem Streik möglich.) Aufhören mit dem Boykott der Armee. Hinein in die Armee. Hinein in die Levente. Hinein in die Munitionsbetriebe, zur Eisenbahn, zur Post und in das Telegrafienbüro. Hinein in alle zum Krieg notwendigen Organisationen, um diese zu desorganisieren, um die Waffen und die Kriegsmittel der Bourgeoisie gegen sie zu wenden. Agitation unter den Soldaten. (Es müssen Forderungen ausgearbeitet werden.)

31. Die hier aufgezählten Losungen und Aufgaben der KMP stellen in größerem Maße als bisher die Grundorganisationen der Partei, die Betriebszellen, in den Mittelpunkt der politischen Arbeit; sie machen die Politisierung der Zellen zur grundlegenden Aufgabe. Auf welche »Arbeitsgebiete« auch immer die Losungen der KMP sich beziehen, sie bilden ein einheitliches System und können isoliert den Arbeitern nicht klargemacht, und noch viel weniger können die Arbeiter nur für einzelne Losungen in den Kampf geführt werden. Die reale Grundlage dieser Einheit ist: das Leben des Arbeiters, seine täglichen Probleme. Nur so können diese Losungen wahrhaft ins Blut der Arbeiter dringen. Die Aufgabe der Zelle ist es also, alles, was im Betrieb geschieht, die aktuellen konkreten Probleme des Betriebes zu erfassen, und mit der Gesamtlage der Arbeiterklasse, das heißt mit ihrer Befreiung in Zusammenhang zu bringen. Durch die Anpassung an eine solche Entwicklung und durch die Verallgemeinerung der konkreten, täglichen Betriebsprobleme, durch die Anpassung an nationale und internationale Maßstäbe muß den Arbeitern über die Isolierung des Betriebskampfes, über den spontanen und engen Rahmen der Methode dieses Kampfes hinweggeholfen werden, ohne dabei die Beziehung zu den konkreten Tagesproblemen zu verlieren.

Der Betrieb soll unsere Burg werden. Die Betrieb ist der Ausgangspunkt unserer Strategie. Alle Kämpfe, die gesamte Massenarbeit der KMP (durch die Fraktionen) können nur dann erfolgreich sein, wenn ihr Fundament aus der Grundlage des Arbeiterlebens und des Klassenkampfes, d. h. aus dem Leben der Arbeiter im Betrieb, besteht.